

# **"Blockierter Wandel? – Die Überwindung von Dichotomien in den Raumbeziehungen als Element sozial-ökologischer Transformation"**

## **TP 6 Umsetzungsräume / Koordination**

**Förderkennzeichen: 07 VPS 09 F**

### **Abschlussbericht**

#### ***Aufgabenstellung***

Ziel des Vorhabens war es, Blockaden in der Gestaltung der Raumbeziehungen zu lösen und den sozial-ökologischen Transformationsprozess in Gang zu bringen. Die Raumbeziehungen prägende und blockierende Dichotomien wurden hinterfragt und dabei ein sozial-ökologisches Brückenkonzept entwickelt. Mit den Dichotomien verbundene Hierarchie- und Herrschaftsverhältnisse wurden mit der Entwicklung von Aushandlungsformen für die regionalen Akteure öffentlich und damit in gewissem Maße verhandelbar gemacht.

Ausgangspunkt des Vorhabens waren drei Hypothesen:

1. Dichotomisierungsprozesse blockieren die sozial-ökologische Transformation von Räumen. Sie verdrängen Akteur/innen, Handlungsmuster und Institutionen, die für die sozial-ökologische Transformation notwendig sind, grenzen sie aus und werten sie ab.
2. Die im geplanten Projekt zentrale analytische Kategorie „Gender“ vermag den Blick für Dichotomisierungsprozesse, die grundsätzlich mit Hierarchisierungsprozessen verbunden sind, zu schärfen.
3. Die sozial-ökologische Transformation von Räumen kann über die Entdeckung und Entwicklung von Zwischenräumen und neuen Bezogenheiten in Bewegung gebracht werden.

Im Ergebnis des Projektes können mit Hilfe des abduktiv entwickelten Brückenkonzeptes disziplinäres und Alltagswissen sowie die unterschiedlichen Handlungsmuster regionaler Akteure dialektisch vermittelt erfasst werden. Dichotome Schemata in Wahrnehmung, Erkenntnis- und Lernprozessen werden überwunden und damit die Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse demokratischer Gestaltung zugänglich gemacht. Diese Grundlage entstand in einem gemeinsamen Lernprozess der Forscherinnen mit den Kooperationspartner/innen und zeigte neue Formen der Gestaltung von (Re)Produktionsprozessen auf, welche die Produktivität von Mensch und Natur erhalten. Die Methoden und Ergebnisse dieses wechselseitigen Lernprozesses wurden in einem Aushandlungskonzept beschrieben und zusammengefasst.

Um diese Aufgaben des Forschungsverbundes zu erfüllen, ermöglichte es das Teilprojekt Umsetzungsräume, die disziplinären theoretischen Überlegungen und empirischen Untersuchungen sowie des Reservoirs der regionalen Forschung und des Erfahrungswissens der Kooperationspartnerinnen zusammen zu führen und für die Entwicklung sozial-ökologischen Wissens sowie die Gestaltung nachhaltiger Regionalentwicklung nutzbar zu machen.

#### ***Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde***

Untersuchungsgebiet war die Region „Mulde-Mündung“, in der aufgrund der hochgradigen Umweltverschmutzung und der rapiden sozio-ökonomischen Veränderungen in den 1990er Jahren zahlreiche natur- und sozialwissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt wurden, so dass das Projekt eine breite Wissensbasis vorfand. Die Reflektion der vorgefundenen

Situation aus der Perspektive des Forschungsprojektes wurde in einem Werkstattbericht und einem Artikel publiziert<sup>1</sup>.

Die Erfahrung, dass in der Region Mulde-Mündung weder die explizite politische Ausrichtung der Regionalentwicklung am Leitbild der Nachhaltigkeit noch die vielfältigen natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen, die eine solche nachhaltige Regionalentwicklung unterstützen sollten, die Region tatsächlich auf diesen Entwicklungspfad brachten, provozierte die Fragen nach dem „Warum nicht?“ und „Wie sonst?“

### ***Planung und Ablauf des Vorhabens***

Um diese Fragen zu beantworten wurde eine inter- und transdisziplinäre Forschungskonstellation gewählt. Dem Teilprojekt 6 fiel dabei neben der Organisation des Verbundprozesses und der Kommunikation zwischen den Verbundpartnerinnen insbesondere die Verantwortung für die Kooperation mit regionalen Akteuren zu. Bereits für die Antragstellung wurden Kontakte zu Kooperationspartnern/innen geknüpft und eine Exkursion in der Region durchgeführt. Dies diente einerseits dem Kennen lernen der Region durch alle Verbundpartnerinnen. Andererseits wurden bereits wichtige Diskurslinien zwischen den verschiedenen Disziplinen sichtbar: Einerseits dem in den Sozialwissenschaften verbreiteten Konstruktivismus, der außerstande ist, die physisch-ökologische Materialität der Natur als aktiv gestaltend zu erklären; andererseits die naturwissenschaftlich geprägte Vorstellung der „gegebenen“ Natur, deren sozialer Konstruktionsprozess nicht nachgefragt wird. Die fließenden Übergänge von Parkanlagen, Kulturlandschaften, Industriebrachen und offenen, menschlich genutzten Auen im Biosphärenreservat waren ein geeigneter Hintergrund für die Verdeutlichung der Fragestellung.

Die ursprüngliche Planung des Projektverbundes sah eine Einarbeitung anhand von Untersuchungen vor, die in der Region durchgeführt wurden. Außerdem sollten Sondierungsgespräche mit verschiedenen regionalen Akteuren durchgeführt werden, um eine Auswahl von Kooperationspartnern/innen zu ermöglichen. In der Antragsphase und Projektvorbereitung konnte das nur unzureichend geschehen, weil weder Kapazitäten an Arbeitszeit noch finanzielle Mittel zur Verfügung standen.

Parallel zur Einarbeitung in die regionale Situation war eine Aufarbeitung des Forschungsstandes zur sozial-ökologischen Raumforschung und – speziell im Fall von Teilprojekt 6 – zum Kenntnisstand bezüglich der Methoden von inter- und transdisziplinärer Forschung vorgesehen.

Aufgrund der Reduzierung der Projektlaufzeit (der Zuwendungsbescheid war an eine Mitteleinsparung geknüpft<sup>2</sup>) musste die Planung der Arbeitsschritte im Verbund verändert werden. So wurde in allen Teilprojekten die Einarbeitungsphase gekürzt, wodurch die Einarbeitung aller Verbundpartnerinnen in die Region einer starken Unterstützung durch die Koordinatorin bedurfte. Die Sekundärbetrachtung von Untersuchungen der Region wurde reduziert vorgenommen, der gemeinsame Austausch darüber im Plenum konnte nicht stattfinden und war dementsprechend eingeschränkt. Über die bilaterale Zusammenarbeit mit der Koordinatorin konnte dies trotz einer höheren zeitlichen Belastung in Teilprojekt 6 kaum kompensiert werden.

---

<sup>1</sup> Mölders, T./ Scurrall, B. (2005) Versuche nachhaltiger Regionalentwicklung – Blockaden und Perspektiven in der Region Dessau-Wittenberg-Bitterfeld. In: Hofmeister, S./ Saretzki, T. (Hg.) Werkstattberichte Umweltstrategien, Lüneburg

Hofmeister, S./ Scurrall, B. (2006): Denk- und Handlungsformen für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Annäherungen an ein sozial-ökologisches Raumkonzept In: GAIa (im Erscheinen)

<sup>2</sup> Die Streichung eines Teilprojektes, die ebenfalls die Mitteleinsparung gebracht hätte, schien uns kontraproduktiv, weil wir das interdisziplinäre Setting nicht hätten aufrechterhalten können.

Die Recherchen zum Kenntnisstand hinsichtlich der inter- und transdisziplinären Forschung blieben entsprechend kursorisch und wurden im Verlauf des Projektes erarbeitet, statt kompakt zu Beginn der Arbeit vorzuliegen.

Die dritte Einschränkung infolge der Verkürzung der Projektlaufzeit war die reduzierte Möglichkeit, die Ergebnisse der Lernprozesse zum Aushandlungskonzept in der Umsetzung mit regionalen Akteuren zu erproben. Dies war ursprünglich für alle Teilprojekte geplant, musste aber auf die zwei Transdisziplinären Dialogrunden, die Abschlusskonferenz und die Arbeit von Teilprojekt 3 und 6 mit der Bürger/innen-Ausstellung sowie einen gemeinsamen Workshop der Teilprojekte 2 und 5 mit „ihren“ Praxispartnern/innen im Bereich „Wasser“ beschränkt werden.

### ***Wissenschaftlicher Stand, an den angeknüpft wurde***

Mit dem Projekt wurde an feministische Wissenschaftstheorie und Raumforschung sowie an die gendersensible Nachhaltigkeitsforschung angeknüpft. Es erwies sich als außerordentlich produktiv auf die Arbeiten von Donna Haraway und Gabriele Sturm aufzubauen. Vorteilhaft war die Möglichkeit zwei Workshops mit Gabriele Sturm durchführen und die Ansätze des Forschungsverbundes unmittelbar mit ihr diskutieren zu können.

Desweiteren konnten die Verbundpartnerinnen auf Ergebnisse und Vorerfahrungen interdisziplinärer Kooperation im Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“ aufbauen. Eine ausführliche Diskussion, insbesondere der Zwischenergebnisse von Teilprojekt 1 mit dem Netzwerk unterstützte die Kommunikation in andere wissenschaftliche Disziplinen und Institutionen hinein.

Im Verlauf der Arbeit am Forschungsvorhaben erwiesen sich die Diskussionen in der Querschnittsarbeitsgruppe „Partizipation“, die Kenntnisnahme der Arbeiten des Forschungsverbundes „Evalunet“, der Arbeiten des Zentrums für Feministische Studien der Universität Bremen, insbesondere der Veröffentlichung von Kahlert, Thiessen, Weller und der Arbeiten von Loibl sowie Defila und DiGiulio als weiterführend.

### ***Zusammenarbeit mit anderen Stellen***

Die Leistungen im Teilprojekt Umsetzungsräume wurden in Kooperation mit den anderen Partnerinnen des Forschungsverbundes erbracht:

- Universität Bremen, Fachbereich 7 — Institut für institutionelle und Sozialökonomie
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie
- inter3 – Institut für Ressourcenmanagement
- Universität Bremen, Fachbereich 11 – Human- und Gesundheitswissenschaften
- Universität Lüneburg, Fachbereich IV – Umweltwissenschaften

Darüber hinaus gab es eine Zusammenarbeit mit mehr als 50 Personen in der Region. Von besonderer Bedeutung war die Kooperation mit dem Förder- und Landschaftspflegeverein des Biosphärenreservats „Mittlere Elbe“, der Initiative Dessau – Arbeit für Anhalt, dem Netzwerk Gemeinwesenarbeit in Wolfen und dem Netzwerk „agora des lernens“.

### ***Ergebnisse***

Von einer Arbeit zu berichten, die vor allem Koordination und Beobachtung des koordinierten Prozesses und „Selbstbeobachtung“ der Koordination war, heißt vor allem, über wissenschaftstheoretische und methodologische Ergebnisse zu berichten.

Im Falle des Forschungsverbundes „Blockierter Wandel?“ wurden Erkenntnisse über die inter- und transdisziplinären Lernprozesse aber auch zur Grundlage für Ergebnisse hinsichtlich der „Inhalte“ des Projektes: dem Brücken- und dem Aushandlungskonzept. Und umgekehrt, konnten die Befunde aller Teilprojekte über die hierarchische Dichotomisierung

und ihre dialektische Bearbeitung in „Zwischenräumen“ selbst wieder für die Arbeitsweise des Verbundes nutzbar gemacht werden.

Wenn es neben dichotomisierenden strukturellen Gegebenheiten der Entwicklungsprozesse auch die abwertenden und ausgrenzenden Formen der Wahrnehmung, der Erkenntnis- und Lernprozesse sind, die Blockaden einer sozial-ökologischen Transformation begründen, so führen Erkenntnisse über den Forschungsprozess auch zu Hinweisen für die Überwindung der Blockaden. Wenn die demokratische Teilhabe eine Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung ist, muss auch die Integration verschiedener Wissenspraktiken gewährleistet werden und ihr gleichberechtigtes Miteinander im Forschungsprozess.

Unser Forschungsprozess war inter- und transdisziplinär organisiert, d.h., dass neben der gleichwertigen Einbeziehung der verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen bei der Lösung des gemeinschaftlich definierten Problems auch die Praxispartnerinnen und -partner gleichwertig, als Expertinnen und Experten ihres Alltagswissens, integriert wurden.

In dieser transdisziplinären Arbeit haben wir versucht, wechselseitige Instrumentalisierung zu vermeiden. Wir haben uns weder auf „Beratung“ konzentriert noch die Praxispartnerinnen und -partner zur blossen Bestätigung eines im Kopf schon fertigen Modells benutzt. Stattdessen haben wir gemeinsame Lernprozesse gestaltet. Dafür war es notwendig, den Forschungsprozess sowohl aus der regionalen Situation als auch den wissenschaftlichen Interessen heraus zu entwickeln. Dies gelang in den sechs Teilprojekten auf folgende Weise:

„Das Hochwasser an Elbe und Mulde im Sommer 2002 verdeutlichte, dass der Hochwasserschutz mit seinen Regulierungsstrategien zwischen Natur und Gesellschaft in die Krise geraten ist. In der Mulde-Mündung gibt es sehr unterschiedliche Bewertungen dessen, was vor dem Hochwasser geschützt und wie dieser Schutz realisiert werden soll. Wie können normative Schutzziele und handlungsleitende Rationalitäten einer konstruktiven Diskussion zugänglich gemacht werden? Welche **normativen Räume** bieten Chancen für eine nachhaltige Entwicklung des Hochwasserschutzes in der Region?

Die Flüsse und die naturnah erhaltenen Flussauen prägen die Region ebenso wie die hohe Gefährdung des natürlichen Gewässersystems durch Schadstoffe und die stark modernisierte, häufig überdimensionierte Wasserinfrastruktur. Die Bedeutung einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftung und die Herausforderung der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU für die regionale Entwicklung warfen die Frage nach der Teilhabe der Bürger/innen und Konsumenten /innen an der Gestaltung und Bewirtschaftung der **Umwelträume** am Beispiel des natürlichen regionalen Wassersystems im Gegensatz zur technisch-ökonomischen Verteilung von Wasser neu auf.

Eine Region, die stolz auf ihre Lehrer und Reformen ist – Luther und Melanchthon und die Reformation; Basedow und Erdmannsdorf und die Aufklärung; Rathenau, Junkers und Gropius und die Moderne –, stellt sich erneut der Aufgabe des Lernens in offenen Situationen. Offensichtlich gerieten durch die gesellschaftspolitische Transformation seit 1990 und den damit verbundenen unreflektierten Zusammenstoß zwischen West- und Ost-Rationalitäten die Deutungsmuster in eine Krise. Das Netzwerk „agora des lernens“ aus dem BMBF-Programm „Lernende Regionen“ ist Partner bei der Suche nach **LernHandlungsräumen** für eine sozial-ökologische Transformation.

Arbeit/Produktion als basale gesellschaftliche Naturverhältnisse wurde untersucht, um historische und aktuelle Regulationsmuster vor Ort zu verstehen. Von besonderem Interesse ist ihre regionale Ausprägung, in der Erwerbsarbeit und Marktwirtschaft mit Erfahrungen der Sorge-Arbeit (Werkssiedlungen der 1920/30er Jahre; DDR mit hohem Anteil an Selbstversorgung und informellem Austausch) und des Zusammenbruchs des Erwerbsarbeitssystems verknüpft sind. Wie wirken hierarchische Dichotomisierungen in den Tätigkeitsnetzen der Region, und welche Chancen ergeben sich aus der Neubewertung sorgender und pflegender Tätigkeiten? Welche Rolle spielen Politik und Ökonomie bei der sozial-ökologischen Transformation der **Tätigkeitsräume**?

Angesichts eines der ältesten und des größten Biosphärenreservats in Deutschland, das eine von der UNESCO als Welterbe anerkannte Kulturlandschaft einschließt und gemäß dem MAB Programm als ein Modell für nachhaltige Regionalentwicklung dienen soll, fragten wir: Wie wird der Anspruch, Schutz und Nutzung von Natur zu verbinden, realisiert? Was tun die regionalen Akteure? Werden **NaturKulturräume** zum Ziel (re)produktiver Aneignung durch den Menschen?

Die Erfahrungen mit der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis aus den vergangenen 15 Jahren sind in der Region ambivalent. Es gibt regionale Akteure, die gegenüber gleichberechtigten Bemühungen um konstruktive Problemlösungen aufgeschlossen sind. Sie haben die Möglichkeit, ihre Handlungen zu reflektieren, mit ähnlichen Aktivitäten zu vergleichen und in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen, als inspirierend und unterstützend erlebt. So entstand die Möglichkeit, in **Umsetzungsräumen** gemeinsam zu experimentieren.“ (Forschungsverbund „Blockierter Wandel?“ 2006, S. 18/19)

Das Teilprojekt 6 hatte mit seiner doppelten Orientierung einerseits auf die Funktionsfähigkeit des inter- und transdisziplinären Forschungsprozesses und andererseits auf die Zusammenhänge von Forschung und Gestaltung nachhaltiger Regionalentwicklung sowohl praktisches Prozessmanagement als auch wissenschaftstheoretische Reflexion zu leisten. Die Balance zu halten, erwies sich als ebenso schwierig, wie die Beschreibung des Verhältnisses beider Aufgaben zueinander. Schließlich arbeitete ich entlang der Hypothese von Analogien der Integration von Wissenspraktiken in der regionalen Entwicklung und im wissenschaftlichen Arbeitsprozess.

Wissenspraktiken sind die Praktiken der Generierung, Verbreitung, Integration, Anwendung oder Ablehnung und Veränderung von Wissen. Daraus ergab sich die Frage, wie Wissenspraktiken in politischen Strategien, bürgerschaftlichen Projekten und wissenschaftlichen Untersuchungen für die nachhaltige Regionalentwicklung in der Region Mulde-Mündung wirken. Wie wird Wissen, das in politischen Strategien vorgegeben und/oder in Bürgerprojekten inhärent ist, mit dem in wissenschaftlichen Untersuchungen vorgelegten Wissen verknüpft und angewendet?

Dazu erfolgte eine Betrachtung der widersprüchlichen regionalen Entwicklungsprozesse unter besonderer Berücksichtigung der Wirkung wissenschaftlicher Arbeiten, die in der Region zum Thema „nachhaltige Entwicklung“ geleistet wurden (Mölders/Scurrell 2005; Hofmeister/Scurrell 2006). Der folgende resümierende Text stammt aus einem Entwurf des gemeinsamen Artikels mit Sabine Hofmeister. Er wurde nicht in dieser Form veröffentlicht, enthält aber Gedanken beider Autorinnen.

### **„Orientierung der Regionalentwicklung am Leitbild Nachhaltigkeit – ein oder zwei Wege der Realisierung?“**

Mit der gesellschaftspolitischen Wende in Ostdeutschland begann für die Region ein struktureller Wandel, den verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Interessen dafür nutzen wollten, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Obwohl der Begriff erst mit der Rio-Konferenz 1992 Karriere machte, waren seine Inhalte in der Region aufgrund ihrer Geschichte und der Umbruchsituation präsent: Denn zu dem Gebiet gehört das Dessau-Wörlitzer Gartenreich, in dem im 17. Jh. Leopold III. Friedrich Franz von Anhalt-Dessau der Aufklärung Gestalt zu geben versuchte, indem er „das Schöne mit dem Nützlichen“ verband. Hier wurde bereits 1979 von der UNESCO ein Biosphärenreservat zum Erhalt der letzten zusammenhängenden Flussauen Mitteleuropas ausgewiesen, das mit drei Erweiterungen heute das größte deutsche Biosphärenreservat ist. In dieser Region wurden seit der Mitte des 19. Jh. Braunkohlentagebaue aufgeschlossen, entwickelte sich die chemische Industrie zu einem frühen Höhepunkt (Kunstdünger aus Piesteritz, der erste Farbfilm aus Wolfen, die

Chlorelektrolyse in Bitterfeld). Hier gab es 1915 das größte Braunkohlekraftwerk der Welt und 1990 bezeichnete man Bitterfeld als die schmutzigste Stadt Europas.

Die „Wende“ wurde in dieser Region aufgrund ihrer katastrophalen ökologischen Situation nicht nur als das Ende der DDR, sondern auch als Herausforderung zur Umgestaltung der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur begriffen (vgl. u.a. Lenz 1999). Die Interessen in dieser Umgestaltung, die Ziele, die erreicht werden sollten, und die Vorstellungen von den möglichen Entwicklungswegen waren allerdings sehr verschieden und entfalteten sich auch erst im Verlauf des Prozesses.

Auf den ersten Blick sieht es aus, als ließen sich zwei „Entwicklungsmodelle“ unterscheiden: das marktwirtschaftliche Modell der nachholenden, am Vorbild Westdeutschlands orientierten Modernisierung, für das sich die Politik schnell entschieden hatte, einerseits und ein an endogenen Potenzialen orientiertes, behutsam reformierendes Vorgehen, das ökologisch konsequenter und sozial gerechter sein wollte, andererseits.

Mit der deutschen Wiedervereinigung sollte auch die Untersuchungsregion schnell modernisiert, die industrielle Entwicklung auf Weltniveau gebracht und weitere ökologische Schäden sollten vermieden werden. So war die nachholende Modernisierung zugleich als ökologische Modernisierung angelegt. Daraus ergaben sich die Anforderungen, die die Region an die Wissenschaft stellte: Umweltanalysen und die Beobachtung des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, um steuernd eingreifen zu können. Die zweite Strategie wurde von Akteuren aus der Bürger/innenbewegung und der wissenschaftlich-gestalterisch arbeitenden Stiftung Bauhaus Dessau getragen. In einem kulturellen Langzeitprojekt „Industrielles Gartenreich“ (1989-1999) (Stiftung Bauhaus Dessau 1996, 1999) versuchte das Bauhaus, in inter- und transdisziplinärer Arbeit experimentell und diskursiv zu ergründen, wie die Region sich in Bezug auf ihren Natur- und Kulturraum entwickeln könnte. Hildegard Kurt beschreibt dieses Programm als „erstes vom kulturellen Feld aus initiiertes Konzept nachhaltiger Regionalentwicklung in den neuen Bundesländern“ (Kurt 1999). So bemerkenswert und nützlich dies für die Region war, führte es doch dazu, dass der Aspekt des Haushaltens der Gesellschaft mit ihren natürlichen Lebensgrundlagen in den Hintergrund gedrängt wurde und die Biosphärenreservatsverwaltung, obwohl sie in wichtigen regionalen Gremien vertreten war, kein prominenter Akteur wurde. Von außen wurde sie meist als Naturschützer, nicht als Regionalentwickler wahrgenommen. Offensichtlich gelang es nicht, die sektoralen Grenzen zwischen Kultur und Natur, zwischen Sozial- und Naturwissenschaft zu überwinden.

Auf den zweiten Blick stellt sich heraus, dass diese beiden Stränge sich durchaus mischten, füreinander öffneten oder auch einfach aufeinander angewiesen waren. Eine entscheidende Rolle spielte dabei die Strategie der Landesregierung von SPD und Bündnis90/Die Grünen, die ab 1994 die gesellschaftliche Transformation durch eine regionalisierte Strukturpolitik verwirklichen wollte und ab 1995 dafür das Instrument des Großereignisses einsetzte: Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wurde Korrespondenzstandort der EXPO 2000. Die Idee beruhte auf den Vorarbeiten im Projekt „Industrielles Gartenreich“ (Stiftung Bauhaus Dessau 1996, 1999). Der Vorschlag lautete, „... den Prozess der Erneuerung und Umwandlung einer industriell überformten Region modellhaft zu zeigen, um so praktische Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung in die internationale Diskussion um den Wandel der Industriegesellschaft einzubringen“ (Kegler 1999, 96). Die nachhaltige Entwicklung der Region war also das Exponat, das zu präsentieren war.

Dabei wurden die Prinzipien der nachholenden, ökologischen Modernisierung politisch nicht infrage gestellt: Aufbau einer parlamentarischen Demokratie und funktionstüchtigen Marktwirtschaft, soziale Wohlfahrt und hohe Umweltstandards sollten nach den Erfahrungen der westlichen Demokratien erreicht werden. Aber die Strategie wurde explizit auf eine nachhaltige Entwicklung und die Regionen als handelnde Einheiten ausgerichtet, womit sich die Chancen für eine Besinnung auf die eigenen Ressourcen und Kompetenzen, die Subsidiarität der Entscheidungen und die Eigenständigkeit in der Zieldefinition regionaler

Entwicklung vergrößerten. Der öffentliche Diskurs über Nachhaltigkeit wurde politisch befördert und anhand der Qualitäten realisierter Projekten geführt.

### **Was blockierte die nachhaltige Entwicklung in der Region?**

Weshalb gelang es der Region trotz dieser günstigen Umstände nicht, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen? Die Hypothese des Forschungsverbunds ist: weil es nicht gelang, „blinde Flecken“ sichtbar zu machen, das in hierarchischen Strukturen Ausgegrenzte in die Betrachtungen und Problemlösungen einzubeziehen, Abgewertetes neu zu bewerten und „unsichtbare“ Akteure und ihre Tätigkeiten einzubinden.

Der Strukturwandel in altindustriellen Krisenregionen betrifft die global ausgerichtete große Industrie, die weltmarktorientierte Wirtschaft. Er produziert eine Krise, die nicht für den Aufbau einer nachhaltigen, kleinteiligen, auf die regionale Versorgung und Potenzialentwicklung gerichteten Wirtschaft genutzt werden kann, weil

- die für Alltagsversorgung notwendigen Wirtschaftsfelder selbst zentralisiert und „globalisiert“ wurden (werden) und
- weil sich die Wirtschaftspolitik nur dem globalen wirtschaftlichen Strukturwandel widmet und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend ausrichtet.

Solange die versorgungswirtschaftliche Basis von Ökonomie und die Notwendigkeit einer sicheren regionalen Grundversorgung auf der Basis einer bewussten Arbeitsteilung und stabilen Kooperation nicht anerkannt und politisch unterstützt werden, können die Aktivitäten für nachhaltiges Wirtschaften nicht greifen. Die Absicht einiger regionaler Akteure, in Kooperation mit dem Projekt „Industrielles Gartenreich“ über (sozio)kulturelle Aktionen, Modellvorhaben und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Institutionen zu einer nachhaltigen Entwicklung zu gelangen, konnte in den hierarchischen Strukturen von Politik und Wissenschaft nur begrenzt wirksam werden. Es kommt darauf an, gerade die Wirtschaftsentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit zu fördern, die sozial-ökologisch notwendige Umsteuerung also aus dem Kern der Gesellschaft heraus – orientiert an den basalen gesellschaftlichen Naturverhältnissen, „Arbeit und Produktion einerseits, Sexualität und Fortpflanzung andererseits“ (Becker 2003, 187) – zu erreichen.

So wurde die ökologische Sanierung der Region vorangetrieben: die Entwicklung von Sanierungstechnologien und die Ansiedlung von Unternehmen mit hohen Umweltstandards hatte Priorität. Um die betriebswirtschaftliche Überlebensfähigkeit der Unternehmen zu sichern, folgten die niedrigen Tarifabschlüsse Ost und die Flexibilisierung der Arbeitszeiten unter dem Druck des angespannten Arbeitsmarktes. In der chemischen Industrie werden darüber hinaus Fördersummen von 500.000 € pro neu entstandenem Arbeitsplatz angegeben (Bullerjahn 2004) Aber auch in anderen Bereichen der Wirtschaft wurden als Ausgleich für politisch definierte Defizite – zu geringe Industriequote, zu hohe Arbeitslosenquote, zu geringe Selbständigenquote, zu hohe Belastung der Unternehmen durch ökologische Anforderungen – Subventionen gezahlt.

Doch welches Verständnis von der ökologischen Dimension einer nachhaltigen Regionalentwicklung liegt dem zugrunde? Geht es dabei tatsächlich um den besonderen Naturraum dieser Region und dessen Potenziale oder wird „Natur“ nach wie vor abstrakt als Ressourcenquelle und Senke betrachtet, deren Nutzung effizienter zu gestalten ist? In der Region überwog ein Verständnis von ökologischer Modernisierung, in dem „nachhaltiges Wirtschaften“ ausschließlich in einem marktwirtschaftlichen Rahmen verortet wird und das sich an wissenschaftlichen Konzepten der neoklassischen Umwelt- und Ressourcenökonomie über Konzepte zur Erhöhung der Ressourceneffizienz bis hin zur Ökologischen Ökonomie orientierte.

## **Welche alternativen Wege für nachhaltige Entwicklung wurden erprobt?**

Doch daneben entstanden – vor allem im Rahmen der sozio-kulturellen und planerisch-gestaltenden Aktivitäten des Bauhaus-Programms – Versuche, aus den regionalen Ressourcen heraus eine kleinteilige, ganzheitliche Entwicklung hervorzubringen. Ihnen lag ein erweitertes Verständnis von Wirtschaften zugrunde.

Bei den in diesem Kontext realisierten Projekten handelte es sich häufig um Reaktionen auf Schließungs-, Abriss-, oder großflächige Neubauabsichten, mit denen das Versprechen von Wirtschaftsentwicklung und Abbau von Arbeitslosigkeit verbunden waren. Dem wurden Um- oder Wiedernutzungsideen entgegengesetzt, die regionale Ressourcen nutzen und schonen, Identität stärken und bürgerschaftliches Unternehmertum wecken sollten. In diesem Sinne wurden z. B. fünf Bergbaugroßgeräte noch während ihres Einsatzes in der Sanierung unter Denkmalschutz gestellt. Inzwischen dienen sie am umgestalteten Grubenrand als Kulisse für musikalische Großereignisse (www.ferropolis-online.de, Stiftung Bauhaus Dessau 1999, 114 ff.), werden museal genutzt, um nachfolgenden Generationen die Landschaftsgestalt, die Arbeit ihrer Vorfahren und die Weise der Naturaneignung der Industriegesellschaft zu erklären. Wohnsiedlungen, wie Piesteritz und Zschornowitz (Stiftung Bauhaus Dessau 1999, 192, 210) wurden in ihrem städtebaulichen und sozialen Charakter erhalten und weitgehend handwerklich instand gesetzt. In Dessau wurden wichtige historische Gebäude<sup>3</sup> von Bürger/-innengruppen und Vereinen gekauft, in einer Mischung von Eigenarbeit und Beauftragung regionaler Firmen rekonstruiert und neu genutzt. Dabei sind innovative Finanzierungsinstrumente – wie die Kombination von Hypothek, Bank- und Privatbürgschaften sowie Leihgemeinschaften in Kooperation mit der GLS-Bank und der Bürgerschaftsbank für Sozialwirtschaft – entwickelt und eingesetzt worden. In informellen Planungsgemeinschaften wurden Teilraumentwicklungskonzepte erarbeitet, wie der Masterplan Bitterfeld-Wolfen durch die Planungsgemeinschaft „Westliche Mulde“<sup>4</sup>; oder das Teilraumentwicklungskonzept Dessau-Wörlitzer Gartenreich durch ein Forum kommunaler und wirtschaftlicher Akteure gemeinsam mit einer Stiftung und der Verwaltung des Biosphärenreservats. Für die Raumentwicklungskonzepte gilt eine Selbstverpflichtung der Akteure auf das Leitbild Nachhaltige Entwicklung.

Üblicherweise werden derartige Aktivitäten in Wissenschaft und Politik als „bürgerschaftliches Engagement“ behandelt, das in Sonntagsreden gelobt und dann ad acta gelegt wird. Doch angesichts des Ausmaßes der sozial-ökologischen Krise in dieser Region, der Radikalität und des Tempos, mit der und in dem sich der sozio-ökonomische Zusammenbruch vollzog, stellt sich die Frage, ob und wie weit hiermit nicht auch die Basis für neue institutionelle Arrangements, Strukturen, Regulierungen geschaffen worden ist, die Ausgangspunkt für nachhaltiges Wirtschaften und für tragfähige, die gesellschaftliche (Re)Produktion sichernde Gesellschafts-Natur-Beziehungen sein könnten. Mindestens scheint dies auf der nunmehr vorhandenen Grundlage denkbar, verhandelbar und machbar zu sein. Die Region erlebte in den 1990er Jahren die „Ausnahmesituation“: Es gab ein hohes Bewusstsein über die industrielle Umweltzerstörung, der Verwertungsdruck durch Wirtschaft und Bevölkerung auf den städtischen und ländlichen Raum blieb aus, Planung vollzog sich kooperativ zwischen Bürgern/innen und Verwaltungen, die gemeinsam die Gesetze und Richtlinien während ihrer Übertragung von West nach Ost erlernten und handhabten, im Rahmen von wissenschaftlich-gestalterischen Institutionen und ehrenamtlichen Projekten. Sie vollzog sich in Kooperation mit Sozialwissenschaftlern/innen und freiberuflichen Planern/innen. Die mindestens direkt nach der „Wende“ vorhandene hohe Unsicherheit im rechtlich-administrativen Bereich ließ Raum für Experimente, die neue Raumbeziehungen und Raumnutzungen ermöglichten.

---

<sup>3</sup> Z.B. das „Schwabehaus“ (www.schwabehaus.de), die Brauerei (www.brauhaus-dessau.de) und die „Koch´sche Eisenwarenhandlung“ durch die DAKSBAU Wohnungsgenossenschaft (www.daksbau.de)

<sup>4</sup> Der Planungsgemeinschaft gehörten sieben Kommunen und die Entwicklungs- und Wirtschaftsfördergesellschaft Bitterfeld-Wolfen mbH an.



## **Welche wissenschaftliche Begleitung erfuhr dieser Entwicklungsprozess in der Region?**

Zur Umsetzung der regionalisierten Strukturpolitik wurden in den fünf Planungsregionen Sachsen-Anhalts so genannte Regionale Entwicklungskonzepte (REK) und Regionale Aktionsprogramme (RAP) aufgestellt (1994-1996). Dem gingen umfangreiche raumordnerische Untersuchungen und Angebote für öffentliche Diskussionen voraus. In diesem Zusammenhang gab es Leitbildentwicklungen und Kriterien für eine nachhaltige Regionalentwicklung, die einerseits von den beauftragten Instituten (ProTerraTeam für REK/RAP im Regierungsbezirk; isw Halle für die EU-Programmdiskussion in Sachsen-Anhalt) und andererseits vom Kuratorium der EXPO 2000 Sachsen-Anhalt GmbH und dem wissenschaftlichen Beirat des Regionalforums getragen wurden. Dabei spitzte sich die Diskussion ab 1998 durch zwei Prozesse zu:

Der *wissenschaftliche Beirat des Regionalforums*<sup>5</sup> formulierte ein Leitbild und Kriterien für die nachhaltige Entwicklung in der Region. Hierin wurde ein Verständnis von Nachhaltigkeit vertreten, mit dem weit über (technischen) Umweltschutz hinaus Nachhaltigkeit als politische Strategie angelegt wurde: partizipative - und Lernprozesse sowie wirtschaftliche und institutionelle Experimente waren darin explizit eingeschlossen, und die Region wurde konsequent auf ihre kulturhistorischen Wurzeln und jüngsten Krisenerfahrungen aufmerksam gemacht. Mit dem Leitbild wurde der Region empfohlen, ihre Anstrengungen primär auf die Entwicklung der Selbstorganisationsfähigkeiten der interessierten Akteure zu richten, damit ein eigenständiger regionaler Entwicklungsprozess entsteht (Wissenschaftlicher Beirat des Regionalforums Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg 2001). Die Kriterien sind auf der Grundlage der Erfahrungen in der Bewertung und Beratung von Projekten bzw. Projektanträgen in Form von Fragen an konkrete (wirtschaftliche) Entwicklungsvorhaben operationalisiert (Hofmeister et al. 2001). Insbesondere war es das Ziel der Autoren/innen, der Nachhaltigkeitsdebatte in der Region ihre Unverbindlichkeit zu nehmen - sie zu ökologischen, fiskalischen, sozio-kulturellen und ökonomischen Ergebnissen zu führen. Dabei kamen sie zu der Einschätzung, dass die Förderung nicht-nachhaltiger Vorhaben, die immer wieder stattgefunden hat, als Verschwendung öffentlicher Mittel angesehen werden muss.

Fragen an zu fördernde Projekte wurden deshalb integrativ über alle Dimensionen der Nachhaltigkeit gestellt und betrafen insbesondere auch ökologische, sozio-kulturelle, versorgungswirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Voraussetzungen und Auswirkungen. Die Empfehlungen des wissenschaftlichen Beirats wurden in der Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ vorgestellt und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und Vertretern des Wirtschaftsministeriums mit folgender Argumentation kritisiert: Wirtschaft funktioniert als Marktwirtschaft und sozial-ökologische Forderungen dürfen nicht zu einer Einschränkung der Funktionsfähigkeit des Marktes führen. Die vom Beirat vorgeschlagenen Prüfkriterien zur Nachhaltigkeit der beantragten Vorhaben würden die Umsetzung von Wirtschaftsförderung erheblich erschweren und kommen im laufenden Prozess der EU-Strukturfondsprogrammierung zu spät. Zudem wären durch die zusätzlichen ökologischen und sozialen Kriterien Konkurrenten aus anderen europäischen - oder Bundesländern oder weltweit bevorteilt, so dass schließlich die politischen Anstrengungen der Region im Ansiedlungswettbewerb durch Nachhaltigkeitskriterien ausgebremst werden würden (IWH 2000).

Diese Position wurde durch das Wirtschaftsministerium zusammengefasst: „Nachhaltigkeit lässt sich nicht primär über das Instrument der Wirtschaftsförderung umsetzen. (...) Der adäquatere Weg scheint die Setzung von Rahmenbedingungen auf gesamtstaatlicher und europäischer Ebene oder die Schaffung von Anreizen für Nachhaltigkeitsaspekte durch besondere, darauf zugeschnittene Förderprogramme (...) zu sein. Nur so können

---

<sup>5</sup> Das Regionalforum wurde 1994 von ca. 50 Persönlichkeiten und Institutionen zur zivilgesellschaftlichen Begleitung des Regionalentwicklungsprozesses in Vorbereitung der EXPO 2000 gegründet und berief einen wissenschaftlichen Beirat zu seiner Beratung.

Standortnachteile für das Land Sachsen-Anhalt, die eine Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit bedeuten, vermieden werden.“ (Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt 2000) Da die Arbeit des wissenschaftlichen Beirats mit dem Ende der EXPO eingestellt wurde, blieb diese Argumentation unwidersprochen. Schwerer wiegt aber, dass - wenn überhaupt in einer politischen Diskussion über nachhaltige Regionalentwicklung sozial-ökologische Kriterien für die Wirtschaftsförderung gefordert werden - sich das gleiche Argumentationsmuster wiederholt. Angesichts der massenhaften Erwerbsarbeitslosigkeit, der hohen Insolvenz- und geringen Wachstumsraten setzt sich eher eine Art politisches „Stillhalteabkommen“ durch: Es gilt, die (marktliche) Wirtschaft unbedingt zu fördern – unabhängig von der Art des Wirtschaftens und um jeden „Preis“ für die Region.

Eine weitere Begleitung des Prozesses ergab sich durch das vom UBA beauftragte und geförderte Projekt „*EU-Strukturfonds und nachhaltige Regionalentwicklung*“<sup>6</sup>. Darin wurde das Industrielle Gartenreich als eine von sieben Modellregionen für die Programmierung der Strukturfonds für die Förderperiode 2000-2006 untersucht und begleitet. Dabei sollten die Kriterien der Mittelvergabe neu festgelegt werden. Das Bauhaus war im Projekt durch eine wissenschaftliche Mitarbeiterin vertreten, die gleichzeitig für die Grüne Liga Mitglied im Beirat der Umwelt- und Sozialpartner war. Die Projektpartner versuchten so, die wissenschaftliche und politische Arbeit zu verknüpfen und aus dem forschungsgestützten Diskussionsprozess heraus auf mehreren Ebenen (Erfahrungsaustausch zwischen den Modellregionen, mit internationalen Partnern, zwischen NGOs und Landesregierungen) unmittelbar mit den betroffenen Akteuren zu Handlungsempfehlungen zu kommen. Die Projektpartner hielten es für erstrebenswert, ein Instrument „Globalzuschuss“ in die Programmierung einzuführen, das den Regionen mehr Eigenständigkeit bei der Verfügung über die europäischen Fördermittel geben würde und damit eine ganzheitlichere wirtschaftliche Entwicklung erreicht werden könnte. Die Qualität der Vorhaben (Antrag, Umsetzung, Ergebnis) sollte an den selbst formulierten Zielen regionaler Akteure und den Nachhaltigkeitskriterien der Europäischen Kommission gemessen werden. Die Vorschläge und Verhandlungsergebnisse der Umweltverbände wurden letztlich nicht angenommen. Stattdessen wurde in Sachsen-Anhalt daran festgehalten, die Verausgabung der Strukturfondsmittel an die Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu binden. Das bedeutete, dass insbesondere der Aufbau einer wirtschaftsnahen Infrastruktur – z. B. durch den Bau von Strassen oder Kläranlagen und die Förderung von Unternehmen aus den europäischen Fonds erfolgen konnte. Um der Forderung der Umweltverbände und der regionalen Akteure nach mehr Subsidiarität nachzukommen, wurden parallel dazu so genannte Landesinitiativen eingeführt. Sie betrafen nur einen geringen Teil der Mittel und folgten inhaltlich den Schwerpunkten der Gemeinschaftsinitiativen. Vergleiche dazu, welche Mittel den größeren Beitrag zur Stabilisierung und (nachhaltigen) Entwicklung der lokalen/-regionalen Wirtschaft leisten, liegen nicht vor. Ungewöhnliche regionale Bündnisse für die Antragstellung, regionale Verständigungsprozesse über die Qualität der Vorhaben oder eine gemeinsame Kriterienentwicklung für nachhaltige Regionalentwicklung kamen auf diesem Weg nicht zustande.

In beiden Prozessen der wissenschaftlichen Begleitung und Beratung der regionalen Akteure im Prozess der nachhaltigen Regionalentwicklung kamen Ausgrenzungen und Abwertungen zum Tragen, die sich insbesondere auf nicht-marktliche, bürger/innennahe Projekte, Projektideen und Positionen richteten, welche Nachhaltigkeit an lebensweltlich sozialen und ökologischen Kriterien messen. Die gleiche Rationalität findet sich auch in Projekten der Regionalforschung wieder.

---

<sup>6</sup> Vgl. [www.grueneliga.de/projekt/nre/seiten/projektb.htm](http://www.grueneliga.de/projekt/nre/seiten/projektb.htm) (abgerufen 17.08.2005)

## **Raumwissenschaft und Regionalforschung für eine nachhaltige Regionalentwicklung**

Am Beispiel von zwei Forschungsprojekten - in den BMBF-Programmen Elbe-Ökologie und Modellprojekte Nachhaltiges Wirtschaften -, die gemeinsam mit Praxispartnern/innen in der Region bearbeitet wurden und auf die Begleitung, Beratung regionaler Prozesse zielten, jedoch nicht Politik beratend tätig waren, kann gezeigt werden, dass und wie weit sich auch in der (raum)wissenschaftlichen Forschung Hierarchisierungen, Dichotomisierungen und Ausgrenzungen widerspiegeln, obgleich dies nicht in der Intention der Forscher/innen liegt. Das Projekt „Zukunft der Arbeit und nachhaltiges regionales Wirtschaften“ (Adler et al. 2002) war mit dem Anspruch gestartet, an der in der Region seit Beginn der 1990er Jahre stattfindenden Nachhaltigkeitsdiskussion und an den Praxisprojekten anzusetzen und neben der wissenschaftlichen Prüfung von Hypothesen, regionale Ansätze zur integrativen Lösung von Problemen der Existenzsicherung und der ökologischen Reproduktionsfähigkeit zu identifizieren. Dazu wurden verschiedene thematische Fokussierungen entwickelt, die über unterschiedliche inhaltliche, methodische und räumliche Zugänge das gemeinsame Anliegen zu realisieren suchten, Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens in der Untersuchungsregion zu finden. Deshalb wurden sowohl der gesamtregionale Ansatz (Institutionen für Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik) als auch ein sektoraler Zugang mit breit gefächerten ökonomischen und soziokulturellen Wirkungsfeldern (z.B. Reformtourismus) und eine akteursorientierte Strategie an einem Ort mit – für die Gesamtregion prototypischen – zugespitzten sozialen Problemlagen (Wolfen-Nord) angewandt. Die Handlungsoptionen für die Schaffung zukünftiger Arbeitsfelder waren dadurch sowohl im markt- als auch im subsistenzwirtschaftlichen Bereich prinzipiell identifizierbar. Obwohl das Projekt positive Wirkungen in der Region hatte<sup>7</sup>, sind die grundlegenden Ergebnisse nicht zur Kenntnis genommen worden. Dies konnte nicht erfolgen, weil der Regierungspräsident zu dem Zeitpunkt nicht bereit war, gemeinsam mit der Forschungsgruppe ein Regionalforum einzuberufen und die Empfehlungen zu beraten. Implizit bedeutete dies eine mehrfache Abwertung: Die Forschungsgruppe war anhand von Untersuchungen in abgewerteten gesellschaftlichen Bereichen – zum zweiten Arbeitsmarkt, zum Ehrenamt und zu dem eher unbedeutenden Wirtschaftsbereich Tourismus – zu Empfehlungen gekommen, die weder den in der Region tragenden politischen Strategien noch den Positionen der Wirtschaftsverbände entsprachen. Das der Forschung zugrunde liegende erweiterte Wirtschaftsverständnis und die Berücksichtigung in herkömmlicher regionalökonomischer Forschung nicht beachteter Bereiche, der „blinden Flecken“, stieß im formellen politischen Raum auf Unverständnis. Doch auch innerhalb der Forscher/innen-gruppe wurden die Ergebnisse kontrovers beurteilt: Einige sahen aufgrund der Untersuchungen die steigende Apathie einer „schrumpfenden“ Bevölkerung, mangelnde unternehmerische Initiative und die geringe wirtschaftsstabilisierende und aktivierende Kraft regionaler versorgungswirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Projekte als gegeben an. Andere hielten eine Stärkung der vereinzelt für ein nachhaltiges Wirtschaften eintretenden Akteure und Institutionen sowie ihre Vernetzung für kontinuierlichere Impulse und Initiativen für möglich. Offensichtlich reichten die dem Forschungsprozess zugrunde gelegten raum- und regionalwissenschaftlichen Theorien und Methoden für eine eindeutige Ablehnung oder Bestätigung der Hypothesen nicht aus.

Das Projekt „Integration von Schutz und Nutzung im Biosphärenreservat Mittlere Elbe – Westlicher Teil“ (*Integra*) im BMBF-Schwerpunkt Elbe-Ökologie war in vorbildlicher Weise

---

<sup>7</sup> Im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative EQUAL entstanden 2002-2005 die Entwicklungspartnerschaften „Arbeitsmarktintegrative Gesundheitsförderung“ in Wolfen und „Arbeit für Anhalt – Eine Region hilft sich selbst“ in Dessau. Im BMBF-Programm Lernende Regionen arbeitet seit Mai 2003 das Netzwerk „agora des lernens“, um Bildungsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung zu initiieren. In Wolfen-Nord schlossen sich 2001 Vereine im Netzwerk Gemeinwesenarbeit zusammen, um kooperativ ihre jeweiligen Ziele zu verfolgen und die knappen Mittel abgestimmt einzusetzen. Seit September 2001 führen die vier UNESCO-Stätten der Region alljährlich eine gemeinsame Veranstaltung durch, die mit einem anspruchsvollen Programm für ausgewählte Multiplikatoren eine Kulturtourismus fördernde Wirkung hat.

inter- und transdisziplinär konzipiert: So wurden Bestandsaufnahme, Leitbildentwicklung, Szenarienanalyse sowie Präferenz- und Nutzwertanalyse von den Projektmitarbeitern/innen aus den Bereichen Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus in Zusammenarbeit mit Praxispartnern/innen (Biosphärenreservatsverwaltung, Landwirten, Förder- und Landschaftspflegeverein des Biosphärenreservates, Fremdenverkehrsverband etc.) bearbeitet (Wycisk/ Weber 2003). Dennoch setzten sich im Forschungsprozess innerwissenschaftliche (Vor)Urteile, disziplinäre Reduktionismen und ausgrenzende, abwertende Methoden durch, wie hier nur mit wenigen beispielhaften Auszügen belegt werden kann<sup>8</sup>: „Das Hauptziel bestand darin, am Beispiel eines für die Elbelandschaft repräsentativen Raumes aufzuzeigen, inwieweit sich die Schutzansprüche des Naturschutzes mit den Nutzungsinteressen der Landwirtschaft und des Tourismus vereinbaren lassen.“ (a.a.O., 3) Es stellte sich also nicht die Frage nach einer integrierten Zielsetzung für die Entwicklung von Natur und Gesellschaft, die durch eine (re)produktive, die ökologischen Grundlagen erhaltend gestaltende wirtschaftliche Nutzung (vgl. Teil 2) zu erreichen wäre. Es verblieb stattdessen beim Abwägen von zwei als getrennt gedachten und behandelten Bereichen. Die den ökonomischen und ökologischen Interessen inhärente Hierarchie blieb so unhinterfragt und unangetastet. „Die Bewertung der Ist-Situation nach naturschutzfachlichen, agrarökonomischen bzw. touristischen Kriterien orientierte sich am Maßstab allgemein gültiger und anerkannter Zielvorgaben, wie sie beispielsweise in Fachgesetzen verankert sind, (...) oder etwa auch in den Leitlinien von repräsentativen Organisationen und Interessenverbänden zu finden sind ...“ (a.a.O., 9). Auf diese Weise verbinden sich die disziplinären Verengungen der Wissenschaft, die darin zum Ausdruck kommen, dass die disziplinär abgeleiteten Kriterien additiv zusammengestellt statt integrativ aufeinander bezogen wurden, mit den sektoralen Verengungen der politischen Administration. Einmal in dieser Logik gebunden, ist es dann notwendig „... (p)arallel zu der Leitbildentwicklung im Naturschutz (...) für den regionalen Agrar- bzw. Tourismussektor ebenfalls übergeordnete Zielvorstellungen für die künftige Entwicklung [zu formulieren] (...), um die Auswirkungen von Naturschutzmaßnahmen dahingehend bewerten zu können, ob und inwieweit sie einer positiven regionalökonomischen Entwicklung entgegenstehen oder aber diese begünstigen.“ (a.a.O., 10 f.) Wenn dann von „wirtschaftlich tragfähigen Landnutzungskonzepten“ die Rede ist (a.a.O., 3), geht es de facto um *betriebswirtschaftlich unter den gegenwärtigen Bedingungen der EU-Landwirtschaftspolitik* tragfähige Konzepte. In dem normativen Eigenverständnis als ökologisch orientiertes Projekt und weit überwiegend von Naturwissenschaftler/innen getragen, wurde also ein erstrebenswerter Naturzustand definiert, der den wirtschaftlichen Nutzungen *restriktiv* gegenüber gestellt wurde, um dann einen Kompromiss zur „ökologisch-ökonomischen Kosten-Nutzen-Effizienz“ (a.a.O., 8) vorzuschlagen. Die Frage nach einer (re)produktiven Wirtschaft, deren Ziel die erhaltende Gestaltung von Natur und Gesellschaft ist, wurde gar nicht erst aufgeworfen. Aus diesen nicht intendierten wissenschafts- und politikimmanenten Abtrennungen und Hierarchien lassen sich auch die Interview-Aussagen eines Mitarbeiters und einer Praxispartnerin von „Integra“ im Rahmen des Projektes „Blockierter Wandel?“ erklären: Sie berichteten, dass die transdisziplinäre Zusammenarbeit, aus der Empfehlungen mit Struktur veränderndem Charakter hervorgingen, die einer politischen Durchsetzung bedurft hätten, scheiterte. Wirtschaftliche Handlungsempfehlungen blieben bis heute ungenutzt.

Im Prozess der nachhaltigen Entwicklung der Region Mulde-Mündung kommen offensichtlich zwei Stränge zum Tragen, die zwar durchaus immer wieder miteinander verknüpft sind, aber in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen und meist unbewusst und unreflektiert bleiben. Diese nebeneinander existierenden Positionen spiegeln sich wider in der wissenschaftlichen Begleitung und Erforschung der regionalen Entwicklungsprozesse. Sie lassen sich beschreiben als ein unterschiedliches Verständnis von

---

<sup>8</sup> Hier geht es nicht um eine Kritik des Projektes, sondern um den beispielhaften Hinweis, wie übliche Forschungspraxis dichotome Muster reproduziert.

Wirtschaften, eine darauf basierende unterschiedliche Wertschätzung gesellschaftlicher Tätigkeiten und Bereiche und ein entsprechendes Wissenschaftsverständnis: Mit dem einen Zugang werden nicht-marktliche Prozesse („Reproduktionsarbeit“ verstanden als Versorgungs- und Sorgetätigkeiten, Eigenarbeit, Gemeinwesensarbeit und Ehrenamt) und das Alltagswissen ausgrenzt, im anderen Zugang werden diese zu integrieren versucht. Indem der Widerspruch zwischen beiden Zugängen implizit bleibt – und das darin enthaltene Konfliktpotenzial latent vorhanden ist, ohne dass es zur *Sprache* gebracht werden könnte -, kommt es zu Blockaden im Prozess der nachhaltigen Entwicklung der Region.

Doch sind die (Raum- und Regional)Wissenschaften selbst an der Produktion und Reproduktion dieser Blockaden beteiligt – und zwar auch dann, wenn einzelne wissenschaftliche Vorhaben (wie die beiden oben dargestellten) sich explizit auf die Überwindung dieser Blockaden und das Leitbild Nachhaltigkeit verpflichten. Was mit den Fallbeispielen deutlich wird, ist, dass sowohl der inter- als auch der transdisziplinäre Zugang zu „Raum“ im allgemeinen und zur Region im besonderen scheitert. Die Trennung zwischen dem physisch-ökologischen Forschungsgegenstand einerseits und dem sozial-kulturellen andererseits scheint in die Theorien, Methoden und schließlich auch in die Entwicklungsvorstellungen und -konzepte der Forscherinnen und Forscher eingeschrieben. Die Trennungen zwischen Fachdisziplinen und Wissenschaftskulturen wirken blockierend – und zwar gerade dort, wo sie überwunden werden wollen: in der nachhaltigkeitsorientierten Raum- und Regionalforschung.

Die Arbeiten des Forschungsverbundes „Blockierter Wandel?“ zu einem Brückenkonzept sozial-ökologischer Raumforschung zeigen eine Handlungsrichtung, die aus diesem Dilemma herausführt, indem zwei Positionen errungen wurden:

Nachhaltige Regionalentwicklung bedeutet Regulierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Weise, dass die (Re)Produktionsfähigkeit von Individuum, Gesellschaft und Natur aufrechterhalten werden kann. Dabei sehen wir es als erwiesen an, dass wissenschaftliche Konzepte und Erkenntnisse die gesellschaftliche Qualität von Regionalentwicklung beeinflussen. Doch „gemacht“ wird Regionalentwicklung im vielfältigen Alltagshandeln nicht nur der regionalen Akteure. Die Erkenntnis, dass die Alltagspraktiken der Menschen Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung schon enthalten und dass sich in der „Verfestigung“ nachhaltigen Handelns Muster institutioneller Arrangements für Nachhaltigkeit ausbilden, darf nicht zu der Vorstellung verleiten, dass viele einzelne solcher Ansätze additiv zu neuen Regulierungsmustern führen oder etwa, dass sich das eine oder andere institutionelle Arrangement für Nachhaltigkeit zu einem gesellschaftlichen Regulierungsmuster auswachsen würde. Vielmehr ist es Aufgabe von Wissenschaft und Politik, die Verknüpfung dieser einzelnen Ansätze zu suchen und zu entwickeln. Es geht darum, die Möglichkeiten einer analogen – nicht identischen! – Übertragung auf die gesellschaftliche Ebene zu beschreiben.

Den Zusammenhang zwischen den theoretischen Erkenntnissen und den Ergebnissen ihrer analytischen Nutzung in der empirischen Arbeit des Projektes darzustellen und daraus qualitative Anforderungen an regionale Entwicklungs- und Gestaltungsprozesse abzuleiten, nennen wir vorläufig Entwicklung eines „Aushandlungskonzepts“ für die Region. Mindestens zwei strukturell zu unterscheidende Elemente dieses Konzepts werden in unseren Ergebnissen bereits sichtbar: Wir können Potenziale nachhaltiger Entwicklung erkennen und sichtbar machen. Und wir haben begonnen, (potenziellen) Akteuren nachhaltiger Entwicklung in der Region Impulse für ihre Tätigkeit zu geben, indem wir ihre Ansätze gestärkt und sie auf neue Art zusammengedacht und -gebracht haben. Den theoretischen Zugang für diese *neuen Bezogenheiten* finden wir in den „Zwischenräumen“ (Dörhöfer 2000), im nach-dualistischen Denken und Handeln „von der Mitte her“ (Kropp 2002, 176 ff.): zwischen marktlichem und

nicht-marktlichem Wirtschaften, zwischen privaten und öffentlichen Räumen, zwischen Natur und Kultur.

Daraus folgt für den Zusammenhang von Nachhaltigkeitsforschung und nachhaltiger Raumentwicklung:

### **Zunächst ändert sich die Perspektive der Betrachtung regionaler Prozesse...**

Denn blicken wir vom Standpunkt des Abgewerteten und Ausgrenzten, des unsichtbar Gemachten auf die „materiale Gestalt“ der Region, dann wird aus dem Defizit- ein Ressourcenblick: Die Klage über die enge Einbettung der Stadt Dessau in Naturschutzgebiete, die Umgehungsstraßen verhindert, wird zur Freude über die Qualität des Naturraumes, die es für eine hohe Wohnqualität in der Stadt zu erhalten gilt. Die von einem Immobilienunternehmen „für wirtschaftlich nicht zumutbar“ erklärte Rekonstruktion eines städtebaulich wichtigen denkmalgeschützten Hauses wird zu einem bürgerschaftlich getragenen Gemeinschaftsprozess mit hohem lokalen Identifikationspotenzial, Vorbildwirkung für das ökologische Bauen und Kapazität für soziale Integration. Die Einführung von Regionalgeld und einer regionalen Tauschbörse für Unternehmen wird bei Anerkennung verschiedener Wirtschaftsformen als eine Initiative für nachhaltiges Wirtschaften wahrnehmbar, das in ehrenamtlichen und Freizeittätigkeiten erworbene Wissen wird in unternehmerischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen relevant und akzeptiert. Wir sehen dann die Stärken in jenen Prozessen, die in der traditionellen, auf marktliche Prozesse fixierten Perspektive nicht wahrgenommen und marginalisiert werden. Hierin liegen Ansatzpunkte für eine sozial-ökologische Transformation der Regulierungsmuster gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Fragen wir, worin das Neue in den Arrangements und Regulierungen besteht, so finden wir im Netzwerk Gemeinwesenarbeit in Wolfen eine „vorsorgend-verantwortliche Kooperation“ (Biesecker/ Kesting 2003, 92) zwischen Stadtwerken, Wohnungsunternehmen, Sozialverbänden und Bürgervereinen auf der Basis gleichberechtigten Aushandelns von Interessen. Das Stadtteilbudget aus dem Programm „Soziale Stadt“ ermöglicht es dem Netzwerk, Eigenverantwortung zu übernehmen und gemeinsam zu entscheiden, für welche sozialen und kulturellen Projekte Geld eingesetzt wird ([http://www.wolfennord.de/ab/ab\\_ue.shtml](http://www.wolfennord.de/ab/ab_ue.shtml)). Anstatt nach Kriterien übergeordneter politisch-administrativer Ebenen um Geld zu konkurrieren, sehen wir hier, dass Subsidiarität machbar ist: Die Akteure der Gemeinwesenarbeit entwickeln gemeinsam Bewertungsmaßstäbe und transparente Entscheidungsverfahren, sie teilen die Arbeit entsprechend ihrer Kompetenzen und arbeiten zusammen, wo sie sich ergänzen. Dies wird von den öffentlichen Förderern und den spendenden Unternehmen als Fortschritt gegenüber der Situation betrachtet, in der jeder Verein versuchte, mit jedem nur denkbaren Projektvorschlag Geld einzuwerben. Wir sehen darüber hinaus eine neue Qualität des Handelns in öffentlichen Angelegenheiten eines Gemeinwesens. Weitere Formen „neuer“ Regulierung finden wir in der Festlegung anderer Ziele unternehmerischen Handelns neben oder anstatt des ökonomischen Gewinns, z. B. in den gemeinschaftlichen Bau- und Wohnprojekten, die Denkmalsanierung, ökologisches Bauen und individuelle Vorstellungen vom guten Leben mit betriebswirtschaftlichen Zielen verknüpfen (Scurrall 2005). Zwischen öffentlich und privat, zwischen marktwirtschaftlichem und nicht-marktlichem Kalkül entstehen hier Möglichkeitsräume für nachhaltige Wirtschaftsformen.

Tätigkeiten, Interaktions- und Handlungsmuster, die eine (re)produktive Nutzung, Aneignung und Produktion von Raumsubstraten bedingen, konstituieren die Region in neuer Qualität: Der Förder- und Landschaftspflegeverein (FÖLV) entwickelt mit den Auenpfaden, der Biberfreianlage, den geführten Wanderungen, dem Anlegen und Bewirtschaften von Streuobstwiesen, einschließlich der Produktion von Säften und deren Vermarktung Formen (re)produktiver Nutzung im touristischen und landwirtschaftlichen Bereich. Was zunächst als ehrenamtlicher Naturschutz und Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt daherkommt,

kann sich zum Prototyp einer vielfältigen (re)produktiven Wirtschaftsweise entwickeln und aus der Marginalisierung heraustreten. Zwischen Schutz und Nutzung von Natur und zwischen marktlicher und nicht-marktlicher Nutzung entfalten sich Regulierungsmuster für eine nachhaltige Regionalentwicklung.

Ein neuer kultureller Ausdruck des Raumes, der die Überwindung von hierarchischen Dichotomien symbolisiert, ist das Wildnis-Projekt Goitzsche. Ein Naturschutzverband erwirbt Grundeigentum und *stellt* „Wildnis“ *her*. In diesem Prozess werden mehrere trennende Handlungsmuster mit großer symbolischer Wirkung überwunden: Die Tätigkeiten und Wirkungen von Mensch und Natur verbinden sich (re)produktiv miteinander, ihr Wechselspiel und Zusammenwirken bei der Gestaltung von Landschaft wird deutlich. Indem Vertreter und Vertreterinnen des *Naturschutzes* beginnen, *Nutzungskonzepte* für ‚Natur‘ zu entwickeln – Konzepte, die nicht auf Wiederherstellung eines früheren, „naturgemäßen“ Zustands gerichtet sind, sondern auf eine „zweite Wildnis“, die touristische und umweltbildnerische Erfahrungen zulässt und ermöglicht, entstehen neue nach-dualistische Strategien für Nachhaltigkeit. Als Erwerber von Grundeigentum wird der BUND vom Akteur für den Schutz der ökologischen Natur zu einem ökonomischen Akteur. In dieser Doppelfunktion verändert er den Wirtschaftsraum aufgrund einer Um- und Neubewertung des Wirtschaftsgutes Boden. Er entzieht die Fläche der marktlichen Verwertung, um sie nach sozial-ökologischen Kriterien umzugestalten und aufzuwerten. Die symbolische Wirkung der „Wildnis Goitzsche“ ermöglicht zudem ein Zusammenwirken des BUND-Projekts mit anderen regionalen Akteuren und Projekten. So können neue Möglichkeitsräume, weitere hybride Tätigkeitsräume für eine nachhaltige Entwicklung der Region entstehen – zwischen Natur und Kultur, zwischen Schutz- und Nutzungsrationalität und zwischen marktlichem und nicht-marktlichem Denken und Handeln.

### **... dann erfolgen neuartige Eingriffe des Forschungsverbundes in den regionalen Prozess**

Aus der Perspektive der „Zwischenräume“ zwischen Erwerbs- und Versorgungstätigkeiten, zwischen Markt und nicht-marktlichen wirtschaftlichen Vermittlungsformen, zwischen Nutzen und Schützen von Natur, zwischen öffentlichen und privaten Räumen gelangt das Verbundprojekt zu Empfehlungen an die regionalen Akteure, die diese auf neue Bezogenheiten ihrer Tätigkeiten, Interessen und Handlungsbereiche aufmerksam machen.

In zwei transdisziplinären Dialogrunden<sup>9</sup> gelang es, gemeinsam mit den Praxispartnern/innen aus den unterschiedlichen Untersuchungsfeldern quer zu ihren jeweiligen Arbeitsbereichen liegende Themen zu diskutieren. Die unterschiedlichen Blickwinkel politischer, ökologischer, sozialer und Bildungsakteure auf die Möglichkeiten und Bedingungen nachhaltiger Entwicklung ihrer Region gepaart mit dem Interesse, die eigenen Ressourcen und Kompetenzen zu entwickeln und in dem Bestreben voneinander und miteinander Lösungen zu erlernen und zu entwickeln, zeigten ungewöhnliche Resultate: Z. B. die Forderung, dass Nicht-Erwerbsarbeit materiell und moralisch aufgewertet werden muss, weil ihr Anteil an der Gesamtarbeit wächst, und dass zugleich die Suche nach Möglichkeiten, Unternehmen in vorsorgend tätige Kooperationen einzubinden, fortgesetzt und intensiviert werden muss. Grundlegende Fragen wurden *zur Sprache gebracht*, z. B.: Ist Nachhaltigkeit „Luxus“, solange die selbständige Existenzsicherung jedes Einzelnen nicht gewährleistet werden kann? Werden Retentionsräume für Hochwasser- und Naturschutz gleichermaßen benötigt? Ist die Nutzung der Elbe als Wasserstraße einer nachhaltigen Entwicklung der Region abträglich? Ist öffentliche Daseinsvorsorge an ökonomisch-technische Lösungen gebunden? Wie kann der Vor-Sorgegedanke im täglichen Leben mit dem Wasser gestärkt werden – und zwar vor der nächsten Flut? Bildet

---

<sup>9</sup> Die Transdisziplinären Dialogrunden waren als gemeinsame Diskussionsforen der Forscherinnen des Verbunds mit den Praxispartnern/innen in der Region angelegt. Sie dienten der Vermittlung und gemeinsamen Reflektion des erreichten Forschungsstands in den verschiedenen Teilprojekten.

das Begriffspaar Natur – Wirtschaft prinzipiell ein Gegensatzverhältnis ab oder steht es vielmehr für ein Potenzial? Nicht die Beantwortung der Fragen, sondern ihr Aufkommen und Zulassen, ihr gleichberechtigtes Nebeneinander und die Tatsache, dass die Kompetenzen jedes Teilnehmers und jeder Teilnehmerin für die Entwicklung der Region als relevant wahrgenommen und die verschiedenen Interessen gegenseitig aufgenommen wurden, machte die besondere Qualität der Diskussion aus.

In der zweiten Dialogrunde schälte sich Partizipation als wichtiges Thema heraus. Die unterschiedlichen Erfahrungen liefen in dem Punkt zusammen, dass die Akteure nicht *beteiligt werden*, sondern *sich beteiligen* (wollen). Das bedeutet, Themen selbst zu setzen, neu zuzuschneiden und zu verbinden, die Schwellen formeller Verfahren zu senken, die Menschen als Experten/innen ihres Lebensalltags anzuerkennen. Die Abschlussrunde unter dem Titel „Natur stört Arbeit – Arbeit stört Natur“ brachte gemeinsame Positionen und Fragen auf den Punkt: Wir brauchen eine *regionale Plattform der Beteiligung* für- und des Austauschs über die nachhaltige Entwicklung unserer Region. Politik muss lernen, langfristig zu denken und zu handeln. Sektorale Verwaltung und Förderprogramme verstärken auch die Segregation der Räume für konventionelle Landwirtschaft, für Ökolandbau, für Erholungsnutzung, für Naturschutz. Müssen dem tatsächlich Reservate für nachhaltiges Wirtschaften entgegengesetzt werden? Oder wie können im Biosphärenreservat Instrumente entwickelt, Konstrukte gefunden und Experimente durchgeführt werden, um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu gelangen, wenn die Menschen die dort leben und arbeiten sich nicht freiwillig auf diese Entwicklung einstellen?

Der Projektverbund hatte ein Forum angeboten, das dem Bedürfnis der Akteure nach einem öffentlichen, politisch wirksamen Austausch zu Zielen und Wegen der regionalen Entwicklung weit über die spezifischen Arbeits- und Interessengebiete hinaus entsprach. Dem seinerzeit im Rahmen der EXPO-Vorbereitung gegründeten Regionalforum, das diese Funktion hätte ausfüllen können, war die institutionelle Verstärkung des zivilgesellschaftlichen Dialogs nicht gelungen. Die durch das Forschungsprojekt initiierten Dialogrunden zeigten, dass demokratische Teilhabe solche öffentlichen Gespräche braucht und die Akteure des Gemeinwesens sie selbst aufzubauen vermögen.

Ein weiterer starker Impuls für den öffentlichen Diskurs zu nachhaltiger Entwicklung in der Region ging von der Ausstellung „... und plötzlich bist Du dabei!“ aus, die der Projektverbund gemeinsam mit Praxispartnern und -partnerinnen initiierte und durchführte. Bereits die gemeinsame Vorbereitung führte zu Ergebnissen für die Partner/innen: Alle Beteiligten machten die Erfahrung, dass man von den verschiedenen sozialen und ökologischen Ausgangspunkten inhaltlich „aufeinander zukommen kann“. Wir erlebten, dass vorsorgende, überwiegend ehrenamtliche Tätigkeiten – unabhängig davon, ob sie im Umwelt- und Naturschutz, in der Bildungs-, Kultur- oder Sozialarbeit angesiedelt sind – analoge Strukturen aufweisen und nach vergleichbaren Mustern ablaufen: Sie werden in „Sonntagsreden“ gelobt und im Alltag nicht bezahlt; als Beschäftigungstherapie gepriesen und als Erwerbsarbeit nicht entlohnt, in Nischen verdrängt und als zusätzliche abgewertet. Sie sind verständigungsorientiert, vorsorgend, verantwortungsvoll, koevolutionär, eingebettet in die regionalen Kontexte und als solche ökonomisch, ökologisch und sozial-kulturell integrativ wirksam. Aus der gemeinsamen Ausstellungsarbeit, die das (sonst) Unsichtbare sichtbar gemacht hatte, entstanden neue lokale und regionale Partnerschaften – Partnerschaften, die ohne Zutun des Projekts nicht entstanden wären. Weil Handlungs- und Interessensbereiche überschritten und „Zwischenräume“ bewusst aufgesucht wurden, konnten dissoziierte Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung der Region zusammengebracht und gebündelt werden.

Die Ausstellung selbst und die Gespräche mit den Besuchern/innen lieferten Belege dafür, dass sich viele Menschen in sehr unterschiedlicher Form für ihre Nachbarschaften, Gemeinwesen und für die natürliche Mitwelt einsetzen. Ihr häufig unsichtbar bleibendes Engagement wurde mit der Ausstellung sichtbar gemacht. Wir lernten die Bedeutung von



„Handgreiflichem“ für die öffentliche Kommunikation kennen – Modell, Spiel, Fototafeln, an denen sich die Diskussionen entzündeten. Hierdurch bestätigte sich auf der Ebene der initiierten Aktion die beobachtete Bedeutung des „Faktischen“ für Diskurse (Kruse/ Mölders 2005). Mit der Ausstellung wurde ein Möglichkeitsraum für neue Bezüge geschaffen: Das Miteinander verschiedener, sonst in dieser Zusammensetzung nicht aufeinander treffender Interessengruppen erregte Aufmerksamkeit. Und das, was sie miteinander verbindet – Vorsorge für und Teilhabe an der zukunftsfähigen Entwicklung der Region –, wurde in der Ausstellung und durch die Ausstellungsarbeit hindurch erst sichtbar. Die Fortsetzung der vielen einzelnen Versuche, nachhaltige Entwicklung in der Region zu befördern, und die Vernetzung dieser Einzelaktivitäten benötigen diese öffentliche Aufmerksamkeit und Ergebnissicherung: Wer macht was, und was wird weshalb von wem wertgeschätzt? Von hier aus lässt sich die Nachhaltigkeitskommunikation in der Region verstetigen. Dies ist mit der Ausstellung für einen Moment und in einem kleinen Ausschnitt geleistet worden. Einige der neu entstandenen Partnerschaften bewährten sich kurz darauf bei der Bewerbung in der Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (Bundeskanzleramt/ BMBF 2005): Unter Mitwirkung von acht Akteursgruppen entstanden sieben Projektbeschreibungen, die von einem in einem Anschreiben formulierten gemeinsamen Anliegen getragen sind: nicht in Konkurrenz zueinander, sondern in einem kooperativen Wettbewerb miteinander das Beste für Stadt und Region zu erreichen. Die unter Mitwirkung des Forschungsverbundes beantragten Projekte, mit denen z. B. eine wirtschaftliche Nutzung der Streuobstwiesen oder die Umnutzung eines Gebäudes im Stadtumbaugebiet für neue, generationsübergreifende Wohnformen oder die Revitalisierung der teilweise denkmalgeschützten Industriebrache des Junkalor-Werkes realisiert werden sollen, stehen in doppelter Hinsicht für einen innovativen Weg im Prozess der nachhaltigen Entwicklung der Region: In den Anträgen werden neue Assoziationen zwischen den regionalen Akteursgruppen mit dem Ziel genutzt, Projekte zu initiieren, die eine andere Qualität mitbringen: Sie zielen auf eine neuartige Verknüpfung von Tätigkeitsformen und entdecken marktwirtschaftlich abgewertete Ressourcen als Potenziale, die sie durch Nutzung aufwerten. Mit Umnutzung statt Abriss, Entsiegelung von Böden, Nutzung von Sonnenenergie, ökologischem Obstbau, öffentlicher Diskussion der Ziele und Mittel, Stärkung der kulturellen Identität und Verbindung von erwerblicher und nicht erwerblicher Arbeit bemühen sie sich um hohe ökologische und soziale Standards. Damit leisten sie einen Beitrag zur „Erfindung“ (re)produktiver Wirtschaftsformen.

### **... daraus ergibt sich ein Verständnis für die Dialektik von Wissenschaft und Politik**

Wie und inwiefern haben unsere Art der Forschung und ihre Ergebnisse also zu neuen Empfehlungen und Impulsen für eine nachhaltige Regionalentwicklung geführt? Wir sprechen abgewertete Akteure „unsichtbar“ gemachter Tätigkeiten an, stellen ihre Anstrengungen für die (re)produktive Nutzung der sozialen und ökologischen Ressourcen aufwertend in den öffentlichen Diskurs und in den Kontext wirtschaftlichen und politischen Handelns. Gemeinsam mit unseren Praxispartnern/innen betrachten wir gesellschaftliche Naturverhältnisse aus der Perspektive der „Nischen“ – der „Schattenräume“. So können wir erkennen, dass in den „blinden Flecken“ nicht-hierarchische Bezogenheiten von Akteuren und Tätigkeiten verborgen liegen. Wir suchen und finden gemeinsam Möglichkeiten, ausgegrenzte Akteure und abgewertete Realitätsbereiche zusammenzuführen und in neue institutionelle Arrangements einzubinden mit dem Ziel, sie mit dem Mainstream der Gesellschaft zu verknüpfen und diesen damit zu unterlaufen. Dies ist die Grundlage, auf der es gelingen kann, eine sozial-ökologische Transformation der Region anzustoßen. Regulierungsmuster gesellschaftlicher Naturverhältnisse entstanden bisher, weil sie als solche nicht erkannt und verstanden werden, meist unbewusst und maßgeblich von ausgrenzenden und abwertenden Hierarchien bestimmt. Eine nachhaltige Entwicklung bedarf dagegen der bewussten Gestaltung der (re)produktiven Qualitäten von Natur und Gesellschaft in einem

Prozess, in dem solche hierarchischen Dichotomisierungen verhandelbar werden. Doch setzen solche Aushandlungen über neue Wirtschaftsformen und Entwicklungswege konzeptionell *vor* den üblichen Beteiligungsverfahren an: Das Bewusstsein, dass wir ‚Natur‘ (mit)herstellen, und dass wir miteinander aushandeln können, welche ‚Natur‘ wir wollen, öffnet neue Möglichkeitsräume praktisch-politischen Handelns. Und umgekehrt: wenn eine geschlechtergerechte Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit verwirklicht wird, wenn die regionale Entwicklung generationengerecht gestaltet wird, wenn den globalen Nachbarn, künftigen Generationen und den nicht-menschlichen Akteuren im ökologischen Raum eine Stimme in den regionalen (wie nationalen und internationalen) Aushandlungsprozessen gegeben wird, erhalten wir neue Möglichkeiten den Zusammenhang von Gesellschaft und Natur zu verstehen. Den Herausforderungen dieser Wechselwirkung im Prozess nachhaltiger Regionalentwicklung müssen sich Wissenschaft und Politik in öffentlich-demokratischen Diskursen stellen.

Für die feministische Wissenschaft formulieren Carmen Hammer und Immanuel Stieß zusammenfassend Donna Haraways Position: „Verkörpertes Wissen, partiale Perspektive, kritische Positionierung und Übersetzung zwischen heterogenen Positionierungen und Kontexten ergeben sich somit als Leitlinien einer feministischen und kritischen Wissenschaftspraxis, die ausgehend von der Einsicht in die Asymmetrie von Standpunkten, die durch die Positionierung in einem nichthomogenen, nach Gender differenzierten Raum entsteht, sowohl die Verantwortung für die eigenen Darstellungen der Welt als auch für die eigenen Strategien der Verortung übernimmt und so die Voraussetzung für das Eingehen partialer Bündnisse schafft, die darauf zielen, die Hierarchien zwischen den verschiedenen Positionierungen abzubauen.“ (Hammer/Stieß 1995, 26) Für die Praxis einer nachhaltigen Regionalentwicklung gilt analog die Anerkennung der jeweils partialen Perspektiven und die kritische Positionierung in einem heterogenen - nicht allein nach Gender, sondern auch nach anderen sozial-ökologischen Kategorien - differenzierten Raum. Dies ist die Voraussetzung dafür, Verantwortung zu übernehmen: Verantwortung für die eigene Wahrnehmung, Strategiebildung und Handlung, aber auch Verantwortung für die anderen, für das Andere, die/das vom Handeln des jeweiligen Akteurs betroffen sind. Erst die Verankerung in den „Zwischenräumen“, die Öffnung von Optionen, Denk- und Handlungsräumen jenseits der hierarchisierenden Dichotomisierungen, das Zulassen von Spielräumen und experimentellen Situationen, in denen Fehler erwünscht sind und Reversibilität und Subsidiarität Geltung beanspruchen dürfen, erlauben es, „partiale Bündnisse (...) [zu schaffen], die darauf zielen, die Hierarchien zwischen den verschiedenen Positionierungen abzubauen“ (a.a.O.). Unsere Fähigkeit zur bewussten Gestaltung regionaler Entwicklungsprozesse mit dem Ziel, die ihnen eigene (Re)Produktivität zu erhalten und zu verbessern setzt voraus, dass wissenschaftlich und politisch hierarchische Dichotomisierungen überwunden werden.“

Da der Forschungsverbund selbst einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung in der Region und zur sozial-ökologischen Raumforschung leisten wollte, musste im Teilprojekt 6 die Funktionsfähigkeit des inter- und transdisziplinären Forschungsprozesses durch die Integration der disziplinären theoretischen Überlegungen und empirischen Untersuchungen sowie des Reservoirs der regionalen Forschung und des Erfahrungswissens der Kooperationspartner/innen gewährleistet werden. So wurde das Vorgehen zur Integration von Wissenspraktiken im wissenschaftlichen Arbeitsprozess des Forschungsverbundes zum Untersuchungsgegenstand des Teilprojektes Umsetzungsräume.

Wenngleich die verschiedenen hierarchischen Dichotomisierungen innerhalb der Wissenspraktiken sich nicht einfach „auflösen“ oder „überwinden“ lassen, gibt es doch Möglichkeiten eines produktiven (konstruktiven) Umgangs mit ihnen. Dafür haben wir auch im Projektverlauf neue Bezogenheiten und Zwischenräume geschaffen. Im Folgenden wird einerseits die

Bedeutung der Koordination für neue Bezogenheiten und Zwischenräume im Forschungsprozess erläutert. Andererseits werden Beispiele für Wissensintegration im Arbeitsprozess des Forschungsverbundes dargestellt.

Mit Hilfe verschiedener Methoden, Instrumente und Verfahrensweisen ermöglichten Koordinatorin und Projektmitarbeiterinnen Aushandlungen „auf gleicher Augenhöhe“ (Kahlert et al 2005, 18). Der Koordinationsprozess wurde damit selbst als Zwischenraum gestaltet. Neue Bezogenheiten der Forscherinnen untereinander und zu den Praxispartnern/innen in der Forschungsarbeit entstanden dadurch,

- dass jede/r Partner/in ganz verschiedene Kompetenzen einbringen konnte und daher mal mehr und mal weniger zur Problemlösung beitrug. So konnten Hierarchien, die aus persönlicher Autorität oder Status im Forschungsprozess resultierten, relativiert werden;
- dass alle Beteiligten nicht nur ihre unterschiedliche Wahrnehmung, Verarbeitung und Bewertung regionaler Phänomene darstellten, sondern sie erklärten und so gegenseitig ihre Positionen verstehen konnten;
- dass gemeinsame Aufgaben formuliert und diese kooperativ bearbeitet wurden und daher die Partner/innen sich ernst nahmen und voneinander, miteinander gelernt haben;
- dass die Forscherinnen nicht ihre wissenschaftlichen Strukturierungs- („Reinigungs-“) Vorstellungen durchsetzten, sondern sich anderen Wahrnehmungs- und Denkmustern öffneten und so tatsächlich zur Verständigung gelangten;
- dass der offene, konstruktive Austausch einen Platz für „Undenkbares“ und „Unbedachtes“ bot und einen geschützten Raum, in dem Reflexion und „lautes Nachdenken“ möglich waren;
- dass immer wieder eine Situation mit offenem Ausgang geschaffen wurde, in der keine/r das Ergebnis im Voraus oder „besser“ weiß.

Die Wissenschaftlerinnen hatten ein eigenes Forschungsinteresse und boten den regionalen Akteuren ihre Arbeit, ihr Wissen, ihre Forschungskompetenzen an. Daraus entstanden ein Interesse aneinander und die Motivation, gemeinsam zu arbeiten.

Ein solcherart gestalteter Zwischenraum ist ein Schritt der Annäherung an „situiertes Wissen“ (Haraway 1995) durch die Integration verschiedener Wissenspraktiken.

Trotz des Wissens über Verfahren, Methoden, Instrumente zur Durchführung der Koordination als wissenschaftlicher Arbeit bleibt die Spannung zwischen „besser wissen“ und „umsetzen können“, zwischen systematisch reflektiert handeln und Improvisation. Die Koordination jedes Projektes muss Formen finden, die Integration von Wissenspraktiken zu leisten. Die sozial-ökologische Forschung kann dafür bisher keine Routinen zur Verfügung stellen (vgl. Nölting/Hayn/Voss 2004), einige verallgemeinerungsfähige Erfahrungen bieten wir hier an<sup>10</sup>.

### **Einleitung: Stellenwert von inter- und transdisziplinärer Forschung im sozial-ökologischen Kontext**

„Wer sich auf die Realität einlässt, muss die beruhigende Eindeutigkeit aufgeben.“ (Farin 2006)<sup>11</sup>, diese Schlussfolgerung gilt auch für die Integration von Wissenspraktiken in der sozial-ökologischen Forschung. Als relativ neues Wissenschaftsgebiet bedarf sie dafür in starkem Maße einer transparenten und dadurch nachvollziehbaren Darstellung und kritischen Reflexion des eigenen inter- und transdisziplinären Forschungsprozesses.

Dazu gehört die „Offenlegung der internen Reflexionsprozesse und Herausstellung von deren Andersartigkeit im Vergleich zu konventionellen Forschungsprojekten.“<sup>12</sup> Der Umgang mit

---

<sup>10</sup> Der folgende Text entstand in Zusammenarbeit mit Maria Behrendt und wurde für die Aufnahme als Kapitel 8 in das Buch „Blockierter Wandel?“ überarbeitet und stark gekürzt.

<sup>11</sup> Klaus Farin, aus der Selbstdarstellung des Archivs der Jugendkulturen, [www.jugendkulturen.de](http://www.jugendkulturen.de) (18.03.2006)

<sup>12</sup> Brief des Projektträgers an den Forschungsverbund vom 18.02.2005

der Komplexität, die Stärkung der Dialogkultur in- und außerhalb des Projektverbundes sowie die Folgen dieser Arbeit für die Region und ihre Akteure sollten deshalb unbedingt dargestellt werden. Denn die analytischen Schlussfolgerungen aus einer solchen Selbstbeobachtung müssen anderen Forschungsteams zugänglich gemacht werden, wenn die Inter- und Transdisziplinarität in der sozial-ökologischen Forschung gestärkt werden sollen. Die hohen Anforderungen des Rahmenprogramms der sozial-ökologischen Forschung (vgl. Becker/Jahn/Schramm 1999) widerspiegeln sich in den Ansprüchen des Verbundes, die Blockaden in der nachhaltigen Entwicklung der Region Mulde-Mündung zu erkennen und Möglichkeiten zu ihrer Bearbeitung zu finden, gemeinsam mit den Praxispartnern/innen zu entwickeln oder vorzuschlagen. Dazu kommt die außerordentlich komplexe und hochdynamische Situation in der Region, die sich aus dem doppelten Transformationsprozess ergibt: als gesellschaftspolitische Transformation seit 1990 und als Wandel einer Industrieregion nach dem Fordismus. Im Forschungsprozess des Verbundes spiegelt sich wider, was Heike Kahlert beschreibt: „Gesellschaftliche Umbrüche korrespondieren offensichtlich mit Umbrüchen im Wissen. Inter- und Transdisziplinarität gelten in diesen gesellschaftlichen und epistemologischen Wandlungsprozessen als förderlich für die kritische Erneuerung der Wissenschaften und des Wissenschaftssystems.“ (Kahlert 2005, S. 24) In diesem Sinne halten es die Verbundpartnerinnen für unumgänglich notwendig, sich den Problemen der inter- und transdisziplinären Arbeit zu stellen und trotz aller Herausforderungen auf der theoretischen und inhaltlichen Ebene des Projektes darüber hinaus immer nach konstruktiven Formen für diese neuartige Forschung zu suchen. Um die Ergebnisse dieser (Ver-)Suche zur Diskussion zu stellen, folgt hier die Darstellung interner Reflexion und die Herausstellung der Andersartigkeit im Vergleich zu konventionellen Forschungsprozessen.

In der sozial-ökologischen Forschung besteht weitgehend Einigkeit hinsichtlich folgender **Anforderungen an die inter- und transdisziplinäre Arbeit:**

- Sie bedeutet die Integration von Fragestellungen, Problemen und Wissensbeständen verschiedener Disziplinen und bedarf deshalb der Problemdefinition durch alle beteiligten Disziplinen, d. h. nicht nur Einigung über das zu bearbeitende praktische Problem, sondern gemeinsame Definition des wissenschaftlichen Problems.
- Um transdisziplinäre Integrationsphasen möglichst frühzeitig und Erfolg versprechend vorzubereiten, wird für die Projektarbeit eine schnelle Eingrenzung und Konkretisierung der Forschungsziele, die frühzeitige Ausarbeitung eines theoretischen Rahmens<sup>13</sup> und der Aufbau einer interdisziplinären Organisationsstruktur sowie die Konzeptionierung der praktischen Umsetzung der Ergebnisse bereits zu Beginn empfohlen.
- Sie dient auch der gegenstandsbezogenen Entwicklung und Erprobung neuer Modelle transdisziplinärer Forschung und deren wissenschaftstheoretischer Reflexion, Überprüfung und Einordnung.
- Zur Überwindung hierarchischer Kooperationsstrukturen und zur Ausbildung einer kooperativen Arbeitskultur in Forschungsprojekten werden einige Regeln vorgeschlagen:
  - o kooperative Projektplanung
  - o schriftliche Vereinbarungen über verbindliche und transparente Absprachen zur Projektorganisation
  - o zielorientierte Vereinbarungen über die Erstellung gemeinsamer Produkte
  - o Schlichtungsregelungen.
  - o Werte transparent machen, um mit der Normativität umgehen zu können
  - o die Kooperation als kognitiven und sozialen Integrationsprozess begreifen

---

<sup>13</sup> Dieser Anforderung wird im Ergebnis der Arbeit des Teilprojekts 6 widersprochen. Der Forschungsprozess im Projekt nahm einen anderen Verlauf (siehe S. 24f. und 28) und erreichte trotzdem eine frühzeitige und erfolgreiche transdisziplinäre Integration.

- Für die transdisziplinäre Arbeit sollen Funktionen und Rollen von Praxisakteuren definiert werden; ihre Auswahl ist nachvollziehbar zu gestalten; die Perspektiven sind aufeinander zu beziehen, Spannungen zu reflektieren.
- Reflexion und Transparenz gelten als prozessbezogene Qualitätskriterien, sind also kontinuierlich durchzuführen.

Nölting, Hayn, Voß (2004, S. 260) formulieren ihre Fragen zur Evaluation von Projekten der Nachhaltigkeitsforschung in drei Gruppen von Anforderungen: Normativität, Integration, Partizipation. Die Projekte sind demnach aufgefordert, sich Rechenschaft über die Wertvorstellungen und Ziele im Praxisfeld und im Projektteam sowie über deren Einordnung in den gesellschaftlichen Diskurs zu geben. Im Hinblick auf die Integrationsaufgaben müssen Projekte sich der Möglichkeiten disziplinärer Forschung und des „Mehrwertes“ von inter-/transdisziplinären Verfahren versichern, Rechenschaft über die genutzten Wissensbestände und –verfahren ablegen, transparent darlegen, wie soziale Differenzen bearbeitet wurden und wie die Bearbeitung von Teilaufgaben und „dem Ganzen“ erfolgte. Hinsichtlich der Partizipation sind Rolle, Auswahl und Einbindung von PraxispartnerInnen nachvollziehbar darzustellen, Art und Weise sowie Anteil an der Wissensgenerierung durch die PraxispartnerInnen auszuweisen und der Umgang mit Interessen und Machtverhältnissen im Praxisfeld sowie zwischen Wissenschaft und Praxis zu verdeutlichen.

### **Erweiterung inter- und transdisziplinärer Forschung um feministische Aspekte**

Diese Anforderungen stehen in einem gewissen Spannungsverhältnis zu den Charakteristika von Inter- und Transdisziplinarität, wie sie in der feministischen Forschung dargestellt werden. Wir haben uns diesen erweiterten und in manchen Aspekten veränderten Anforderungen gestellt.

Der Forschungsverbund versteht inter- und transdisziplinäre Forschung als gemeinsamen Verständigungs- und Lernprozess von Akteuren, die jeweils raumzeitlich „situiert“ (Haraway 1995), aus ihren verschiedenen Lebenspraktiken heraus Interesse an der Lösung des praktischen Problems „nachhaltige Entwicklung der Region Mulde-Mündung“ haben. Die Bearbeitung des Problems im Rahmen eines Forschungsprojektes erfordert seine Definition als wissenschaftliches Problem. In diese interdisziplinäre Definition fließt die vom Genderansatz getragene These ein, dass die Blockaden sozial-ökologischer Transformation in hierarchischen Dichotomisierungen von Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmustern sowie den entsprechenden Regulierungen und Institutionen begründet sind. Das hat zwei Konsequenzen: Die unterschiedliche Situietheit wird selbst als möglicherweise hierarchisch sichtbar und verhandelbar. Und: Bei der Auswahl der Praxispartner/innen werden verstärkt solche berücksichtigt, die in ökonomisch abgewerteten und politisch ausgegrenzten gesellschaftlichen Bereichen aktiv sind. Die Verbundpartnerinnen arbeiten in diesem Forschungsprozess bewusst miteinander und mit diesen Praxispartnern/innen wegen der jeweils besonderen Perspektive. „Unsere Suche nach Partialität ist kein Selbstzweck, sondern handelt von Verbindungen und unerwarteten Eröffnungen, die durch situiertes Wissen möglich werden. Einen spezifischen Ort einzunehmen, ist der einzige Weg zu einer umfangreichen Vision“ (Haraway 1995:91)

Für die Kontextwahrnehmung und situative Formen sowohl der inter- als auch der transdisziplinären Zusammenarbeit entstehen spezifische Instrumente und Räume für eine produktive Auseinandersetzung, die „die Anerkennung der Differenzen auf gleicher Augenhöhe“ (Kahlert et al. 2005, S. 18) ermöglichen. Das feministische Forschungsparadigma wird so zur Voraussetzung für die erweiterte oder tatsächliche Integration der Praxispartner/innen, ohne Furcht vor gegenseitiger „Vereinnahmung“. Diese Integration lässt eine verstetigende kooperative Projektplanung zu, fordert Verbindlichkeit und tatsächliche Offenheit für weitere Partner/innen und die Ergebnisse des Prozesses.

Die Anerkennung der Situiertheit führt außerdem zur Kritik am positivistischen Beobachtungs- und Analysemodell, das „Objektivität“ und Komplexitätsreduktion durch „den göttlichen Trick, alles von nirgendwo aus sehen zu können“ (Haraway 1995, S. 81) erreichen und das „Andere“ in Forschung und Erkenntnis nicht als aktive Entität anerkennen will. Sie ermöglicht die Reflexion der Methoden und Kontexte „in einer doppelten Bewegung“ und stellt „vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage“ (Kahlert et al. 2005, S. 18). Das ermöglicht die Integration unterschiedlicher Wissenspraktiken nicht als „schlichte Abkehr von Disziplinarität ... sondern ... in produktiv kritischer Auseinandersetzung mit disziplinär gebundenen Methoden und Fragen.“ (ebd., S. 12) Die Notwendigkeit der „Vervielfältigung der Orte der Wissensproduktion“ (ebd., S. 11) ergibt sich aus der Krisenhaftigkeit der Gesellschaft (sozial-ökologische Krise in der Untersuchungsregion verschärft durch die Transformationskrise der ostdeutschen Gesellschaft) *und* der Wissenschaft, für die im herkömmlichen System der Generierung von Wissen keine konstruktiven Lösungen gefunden werden.

Die für das inter- und transdisziplinäre Forschen und Gestalten geforderten „offenen Experimentierfelder und Freiräume“ (ebd., 19) wirklich zu nutzen und trotzdem frei zu halten, den Forschungsprozess iterativ und reversibel zu halten, ist nur bei hoher Transparenz, Vermeidung von Hierarchisierung, Nutzung von Neugierde, Intuition und spielerischen Elementen möglich. Einen solchen Forschungsprozess nicht trotzdem, sondern deshalb als ernsthaften wissenschaftlichen Versuch der Erklärung anzuerkennen, erfordert das Eingeständnis, dass die bisherige Forschungspraxis nicht ausreicht, um neue Entwicklungen zu erklären. „Wissenschaft und Forschung über Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung verlangen [...] nach Veränderungen in Wissenschaft und Forschung selbst, - in ihrem eigenen Selbstverständnis und ihren Vorgehensweisen in Richtung lernender Systeme, die prozessorientiert, zieloffen und nach innen und außen diskursiv arbeiten und in ihren Fragenstellungen wie auch Ergebnissen stärker der gesellschaftlichen Legitimation ausgesetzt sind.“ (Busch-Lüty 1995)

Auch hinsichtlich der häufig formulierten Umsetzungsprobleme für wissenschaftliche Ergebnisse verweist der Gender-Ansatz auf Lösungsmöglichkeiten: Wenn gleichberechtigte, situierte Wissensbestände der Wissenschaftler/innen und Praxispartner/innen nicht analytisch dichotomisiert, sondern transparent aufeinander bezogen zu einer Vielfalt verdichtet werden, wird die transdisziplinäre Wissensintegration tatsächlich zum gemeinsamen Lernprozess. Das eröffnet die Möglichkeit, gemeinsame Erkenntnisse und Erfahrungen kontinuierlich in den fortlaufenden Entwicklungen anzuwenden und sogar noch aus diesen quasi-experimentellen Situationen weiter gemeinsam zu lernen.

Was diese Anforderungen der sozial-ökologischen Forschung, ihre Erweiterung durch feministische Ansätze und die Bestrebungen des Projektverbundes dem gerecht zu werden für das konkrete Vorgehen bedeuteten, wird im Folgenden für die inter- und transdisziplinäre Arbeit geschildert.

### **Instrumente, Erfahrungen und Probleme in der interdisziplinären Zusammenarbeit**

Den analytischen Schlussfolgerungen wird hier eine knappe „Projektchronologie“ vorangestellt, um „den Zugang zu den komplexen Sachverhalten und Interdependenzen eines transdisziplinären Forschungsprojekts“ zu erleichtern und transparent zu machen, „weil der Entwicklungsprozess des Forschungsprojekts nachvollzogen werden kann, Ursachen und Wirkungen erkennbar werden“ (Bergmann/Brohm/Hoffmann/Loibl et al. 2005, S. 22).

Die Konzeption des Projektes wurde auf der Basis langjähriger gemeinsamer Arbeit und Diskussionen des Netzwerks „Vorsorgendes Wirtschaften“ von acht Forscherinnen im

STRARE-Programm<sup>14</sup> unter dem Titel „Blockierter Wandel? Zur Überwindung von Dichotomien in Raumbeziehungen als Element sozial-ökologischer Transformation“ beantragt. Der Forschungsansatz entsprach den Forderungen nach problemorientierter, kontextualisierter, inter-/transdisziplinärer Forschung. Die zentrale analytische Kategorie „Gender“ – so wurde postuliert – vermag den Blick für Dichotomisierungsprozesse, die grundsätzlich mit Hierarchisierungsprozessen verbunden sind, zu schärfen und so „... die Probleme und Störungen der gesellschaftlichen Naturverhältnisse [, die] direkt und in doppelter Hinsicht mit den Geschlechterverhältnissen verwoben sind“ (Weller 2005, S. 171) sichtbar und bearbeitbar zu machen.

Zur Gewährleistung der Problem- und Praxisorientierung wurden in der Antragsphase Praxispartner/innen, die im weitesten Sinne den Anspruch auf Nachhaltigkeit erhoben, befragt. Mehrere Antragstellerinnen hatten außerdem in vorherigen Projektprozessen z. T. sehr intensive Arbeitserfahrungen in der Region machen können. Das Forschungsdesign wurde aber im Vorfeld nicht gemeinsam gestaltet. Dies war und ist eine Zeit- und Kapazitätsfrage, für die es bislang keine adäquate Lösung gibt. Während also die Forscherinnen interdisziplinäre theoretische und praktische Vereinbarungen bereits in der Antragsstellung formuliert hatten, konnte die inhaltliche und formale Einbindung der Praxispartner/innen erst im Projektverlauf erfolgen. Insofern ergab sich für das Forschungsprojekt zunächst eine inhaltliche wie sprachliche Trennung zwischen inter- und transdisziplinärer Forschung. Dies findet bereits in der Antragstellung seinen Ausdruck in den Instrumenten „interdisziplinäre Kolloquien“ und „transdisziplinäre Dialogrunden“, die weiter unten beschrieben werden. Die Konzeption des Forschungsverbundes sah vor, in 6 Teilprojekten mit verschiedenen institutionellen Anbindungen (Universitäten von Bremen und Lüneburg, Wuppertalinstitut, inter3 und BUND Sachsen-Anhalt) und verschiedenen wissenschaftlichen Herkunftsdisziplinen (Umweltwissenschaft, Biologie, Soziologie, Erziehungswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft und Politikwissenschaft) zu dieser gemeinsamen Aufgabenstellung zu arbeiten. Die Koordination des Gesamtprojekts wurde im Teilprojekt 6 mit „der Frau vor Ort“ in Dessau konzipiert.

Die Gutachter/innen beschieden der Konzeption eine „innovative Herangehensweise, in der die Genderperspektive als erkenntnisleitender Theoriefaden eingesetzt wird“. Gleichzeitig wurden aber Bedenken geäußert im „Hinblick auf die Frage, wie die doch sehr unterschiedlichen Problemstellungen und die damit verbundenen Raumkonzepte schließlich integriert werden können.“ Ein „gewisses Risikopotenzial“ hinsichtlich des „eigentlichen Ziels des Projekts“ wurde von den Förderern „jedoch in Kauf genommen (...), da das geplante Vorhaben einen Innovationsschub für die sozial-ökologische Forschung erwarten lässt.“ (Mitteilung des Projektträgers vom 19.12. 2002). Das Risiko schien, wie häufige Nachfragen und Diskussionen belegen, in der Offenheit des Prozesses und der Unwilligkeit der Verbundpartnerinnen zu vorschneller Komplexitätsreduktion begründet. Die Herausforderung bestand darin, dies auszuhalten und konstruktive Umgangsformen dafür zu finden.

Mit Projektbeginn ergaben sich zunächst drei wichtige Aufgaben für den Forschungsverbund:

1. den interdisziplinären Forschungsprozess als Zusammenarbeit im ‚Inneren‘ sowohl theoretisch als auch praktisch zu gestalten und gleichzeitig vier weitere Projektfrauen in die Arbeit zu integrieren;
2. die Forschungsaufgaben in den Teilprojekten zu operationalisieren, zu konkretisieren und im Praxisfeld durch die Mitarbeiterinnen der Teilprojekte zu erkunden und damit zugleich Praxispartner/innen für die Zusammenarbeit zu gewinnen;
3. den transdisziplinären Forschungsprozess über die Kontakte der Teilprojekte vorzubereiten und die Zusammenarbeit der Praxispartnern/innen mit den Teilprojekten und dem Gesamtverbund zu verstetigen.

---

<sup>14</sup> BMBF-Förderschwerpunkt ‚Sozial-ökologische Transformation im Raum – Synthese von raum- und regionalbezogenem Wissen (STRARE)‘

Der Forschungsverbund begann mit der gemeinsamen Definition des Problems und der Verständigung über den Gegenstand bereits auf dem Auftaktkolloquium (zu Beginn des zweiten Projektmonats). Dabei gab es keine „Leitdisziplin“, sondern im Mittelpunkt der Diskussion stand das lebensweltliche Problem: die Blockaden in der Gestaltung der *Raumbeziehungen* als Hemmnisse der nachhaltigen Entwicklung. Der relationale Raumbegriff ermöglichte es den Forscherinnen aller vertretenen Disziplinen, sich auf einen gemeinsamen Gegenstand zu beziehen und gleichzeitig den eigenen Fokus im Teilprojekt zu schärfen: Für die Blockaden in der Gestaltung der Raumbeziehungen sind Dichotomien und dahinter stehende Hierarchie- und Herrschaftsstrukturen ursächlich. Sie müssen identifiziert und aufgelöst werden. Darin bestand das Gemeinsame. In den Teilprojekten wurden dann jeweils unterschiedliche Raumbeziehungen und unterschiedliche Dichotomien untersucht. Der Verbund fand also zu einem Problemverständnis, das die Einteilung des übergreifenden Problems in mehrere Teilbereiche erlaubte. Wenn die Untersuchungen in mehreren Raumbeziehungen nachweisen können, dass es Dichotomien gibt und dass sie mit Hierarchisierung und Herrschaft verknüpft sind, konnte die 1. Hypothese induktiv als bewiesen angesehen werden.

Der Gender-Ansatz als erkenntnisleitender Ansatz des Verbundes ermöglichte die Nutzung des in der feministischen Wissenschaftsforschung und -theorie entwickelten Wissens um offensichtliche und verborgene Auf- und Abwertungen im Geschlechterdualismus und die Konzentration auf den dort zentralen Dualismus von Kultur – Natur sowie auf die in diesem Kontext erarbeitete Herrschafts- und Machtkritik. Wissenschaftstheoretisch von besonderer Bedeutung ist, dass sich die Hierarchien, Dominanzen und Ausgrenzungen nicht nur in den vergleichsweise leicht wahrnehm- und nachweisbaren materiellen Aspekten (Einkommen, Vermögen, berufliche Stellung etc.) niederschlagen, sondern noch nachdrücklicher auf verschiedenen immateriellen Ebenen wirken – bspw. indem bestimmte Denk-, Verhaltens- und Rationalitätsmuster auf- bzw. abgewertet werden, bestimmte Formen des Wissens und der Wissensgenerierung und bestimmte Formen von Arbeit und Ökonomie anerkannt werden oder nicht.

Der dritte grundlegende Ausgangspunkt des Verbundes war die – aus dem Gender-Ansatz resultierende – Gleichberechtigung unterschiedlicher Wissenspraktiken, womit die Bedeutung der transdisziplinären Arbeit anerkannt war.

### **Auf der Basis dieser Verständigung verzichtete der Verbund auf eine frühzeitige Erarbeitung eines theoretischen Rahmens.**

Die Weigerung, frühzeitig einen theoretischen Rahmen festzulegen, ist darin begründet, dass nicht vorzeitig eine „reinigende“ Komplexitätsreduktion vorgenommen werden sollte. Die Wissenspraktiken der Praxispartner/innen ernst zu nehmen, erforderte das abduktive Vorgehen. Um die Komplexität trotzdem nicht in Chaos ausufern zu lassen, wurde nicht ein „theoretisches Korsett“ angelegt, sondern konsequent auf die Transparenz der Situiertheit des Wissens aller Forschungspartner/innen bestanden und der Fokus auf den Blockaden, den Dichotomien und den „Zwischenräumen“ gehalten.

Das Brückenkonzept als theoretischer Rahmen und zentrales Ziel des Forschungsprozesses wurde parallel zu den theoretischen und empirischen Arbeiten entwickelt. Es hat sich für den Verbund bewährt, nicht erst den theoretischen Rahmen zu erarbeiten bzw. auszuhandeln, sondern parallel zur inter- und transdisziplinären Arbeit der verschiedenen Teilprojekte zu entwickeln.

In diesem abduktiven Prozess, dem Pendeln zwischen theoretischer und empirischer Arbeit, zwischen inter- und transdisziplinärem Vorgehen, zwischen Teilprojekt- und Verbundarbeit fanden die Verbundpartnerinnen sowohl im regionalen Prozess als auch in ihrer eigenen Arbeitsweise neue Bezogenheiten. Sie waren häufig in den ausgeblendeten, abgewerteten



Räumen zu finden und eröffneten „Zwischenräume“, in denen Handlungsweisen für die Überwindung von Blockaden sichtbar wurden.

Wenn das Aufzeigen der Zwischenräume und nicht-dichotomer Bezogenheiten zwischen den Polen möglich ist; wenn sich (wie vermutet) zeigt, dass es gar keine bi-polaren Raumbeziehungen sind, sondern ein weites Feld von Beziehungen und in diesem Feld andere Regulationen als die bisherigen hierarchischen möglich werden, kann die sozial-ökologische Transformation in Gang gesetzt werden (und Hypothese 3 wäre bestätigt).

D.h., die Zerlegung in Teilprobleme erfolgte im Verbund nicht entlang von Methoden, sondern eher im Sinne von Beispielfällen. Das erscheint aber durchaus sinnvoll, weil über Erkenntnisse in diesen Teilbereichen eine schlussfolgernde Synthese, Integration der Ergebnisse möglich ist.

Auf dieser Grundlage begann die Bearbeitung der abgegrenzten Teilbereiche mit passenden Methoden, in ständigem Bezug der Teilbereiche aufeinander (Anpassung der Methoden, Begriffe). Der ständige Bezug aufeinander war durch den feministischen Zugang, durch Austausch und teilweise gemeinsames Vorgehen gewährleistet. Da die Teilprojekte sich manchmal gleichen Akteuren, Gegenständen oder Prozesse zuwandten, war der Austausch auch inhaltlich bedingt.

Die Integration der Ergebnisse im Hinblick auf die Lösung des Gesamtproblems oder zumindest sein besseres Verständnis gelang entlang der gemeinsamen Fragen nach den Blockaden, den dahinterliegenden Dichotomien und den neuen Bezogenheiten und „Zwischenräumen“, die zur Transparenz und Bearbeitbarkeit der Dichotomien und so zur Überwindung der Blockaden beitragen. Auch wenn diese Fragen in den Teilprojekten durch unterschiedliche Sachaussagen belegt wurden, folgten sie doch vergleichbaren, analogen Mustern und führten so zu gemeinsamen Befunden.

### ***Die Verfasstheit der interdisziplinären Zusammenarbeit im Forschungsverbund***

Beim Kick-off-Workshop diskutierten und verabschiedeten die Verbundpartnerinnen „Regularien der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Forschungsverbundes und die Rolle der Projektkoordinatorin“. Ziel dieser „Verfassung“ war es, die Zusammenarbeit innerhalb des Verbundes und mit den Praxispartnern/innen als eine nichthierarchische Kooperation zu regeln. In der Präambel heißt es: „Es bestand ein Unbehagen darüber, formale Rollen aus herkömmlich hierarchisch strukturierten Prozessen in einer Gruppe zu diskutieren, die sich einen feministischen Forschungszugang vorgenommen hat. Wir sind der Auffassung, dass die feministische Forschung auch einen sorgsam, kritisch reflexiven Umgang mit uns, unseren Interessen und unseren bisherigen Erfahrungen erfordert. Wir wollen unsere Kooperation diesem Anspruch entsprechend gestalten und verstehen die Regeln deshalb nicht als ‚Schutz gegen hierarchische Übergriffe‘, sondern als Instrumente zur Unterstützung von Diskurs und Kooperation“. In diesem Sinne regelten wir folgende Fragen:

*Wie kommunizieren wir miteinander?* von allen an alle, rechtzeitig, kontinuierlich

*Wer entscheidet was?:* gemeinsam, davon unbenommen bleibt das interne Verhältnis zwischen Projektleiterinnen und Mitarbeiterinnen. Entscheidungen die nur einige Teilprojekte betreffen, werden von den betroffenen Partnerinnen gemeinsam getroffen. Sie sind allen mitzuteilen.

*Wer ist für „das Gemeinsame“ verantwortlich? Ergeben sich daraus Rechte? Was läuft über die Koordinatorin?* Koordinatorin ermöglicht Zusammenarbeit aller, macht Vorschläge und sichert Ergebnisse des Gemeinsamen, darf aber die Arbeit der Teilprojekte nicht behindern; erhält dafür notwendige Auskünfte. Aufgaben für den Verbund werden von allen übernommen. Wer Aufgaben übernimmt, muss auch die Mittel zu deren Erfüllung eingeräumt bekommen (Mandat, Zuarbeiten, finanzielle Unterstützung). Koordinatorin informiert alle über Ereignisse, die für den Verbund von Bedeutung sind.

*Wer vertritt den Verbund gegenüber Dritten?* Mitteilungen an den Projektträger durch die Koordinatorin, Mitteilungen an den Verbund werden den Partnerinnen übermittelt. Gegebenenfalls wird ein Vorschlag zur Reaktion unterbreitet. Abstimmungen, immer zentral über die Koordinatorin. Sie ist verpflichtet, die Positionen transparent zu machen. Die Zusammenarbeit mit Praxispartnern/innen in der Region erfordert Sorgsamkeit im Umgang miteinander. Die Koordinatorin ermöglicht und koordiniert die Kooperation mit den Praxispartnern/innen und verantwortet ein abgestimmtes Handeln in der Region. Alle verpflichten sich, Kontakte und Aktivitäten mit (möglichen) Auswirkungen auf die Praxispartner/innen mit der Koordinatorin abzustimmen.

*Wie ist das Verhältnis der Teilprojekte gegenüber dem Verbund?* Zuarbeiten für andere werden mit hoher Zuverlässigkeit bearbeitet, um nicht gegenseitig Zeitdruck zu erzeugen. Berichte (Zwischen-/Abschlussberichte, Statusseminar) werden gemeinsam erstellt. Gemeinsame Publikationen aller oder einiger Teilprojekte werden angestrebt. Über die Mitarbeit in Querschnittsarbeitsgruppen wird im Verbund berichtet, Empfehlungen und Hinweise werden aufmerksam zur Kenntnis genommen. Bei Konflikten verpflichten sich alle Partnerinnen, zu einer konstruktiven Auseinandersetzung beizutragen und – sofern notwendig – an einem extern moderierten Lösungsverfahren teilzunehmen.“

Diese Regularien wurden im Projektverlauf vor allem zur gemeinsamen Arbeitsweise modifiziert und ergänzt. Beim ersten interdisziplinären Kolloquium betraf dies neben formalen Festlegungen (zur E-Mail-Kommunikation, Reaktionsfristen, wann gilt ein Teilprojekt als informiert oder beteiligt) vor allem ersten Erfahrungen in der interdisziplinären Zusammenarbeit. Beschlossen wurde mehr Achtsamkeit im Umgang mit „unterschiedlichen Bedingungsgefügen und Geschwindigkeiten, die für die Einzelnen maßgeblich sind. Diskussionsprozesse sind nicht prinzipiell abgeschlossen, sondern können, wenn neue Erkenntnisse vorliegen, auch wieder geöffnet werden“. Ergänzungen zur Konfliktregelung wurden auf dem 2. Interdisziplinären Kolloquium gemacht: „Wir nehmen die pädagogische Regel auf: „Störung geht vor!“ und bearbeiten die Störungen, auch wenn das erst mal Zeit kostet, weil es uns hilft, die Verfestigung von Problemen zu vermeiden. Wir bemühen uns um große Klarheit im Verfahren: Was stellen wir dar? Aus welchem Kontext heraus, entwickeln wir unsere Gedanken, in welchen Kontext stellen wir sie? Welche Erfahrungen, Gefühle assoziieren wir dabei? Ist es wichtig, diese auch für die anderen zu reflektieren, offen zu legen? Wenn Vorlagen erarbeitet werden, wird ihr Charakter benannt (welchen Anspruch haben wir bei der Beauftragung, was legt/en die Bearbeiter/innen vor). Wir formulieren unsere Aufträge präzise. Wir erhöhen die Transparenz unserer Entscheidungsverfahren: Entscheidungsvorlagen vor der Diskussion schriftlich verbreiten; Verabredungen nicht unter Zeitdruck treffen (Entscheidungszeit in die Planung der Tagesordnung einbeziehen). Wichtiges wird nicht am Ende besprochen.“

### ***Interdisziplinäre Kolloquien:***

Eine der grundlegenden Strukturen der Zusammenarbeit waren die vierteljährlich stattfindenden Interdisziplinären Kolloquien. Insgesamt neun (plus Kick-off-Workshop und zwei Diskussionen zum Buchmanuskript) im Projektzeitraum. Dies waren vier mehr als ursprünglich geplant. Der für den Austausch zur Verfügung stehende Zeitrahmen betrug jeweils 12 – 14 Stunden an zwei Tagen. Sie fanden wechselweise in den Heimatorten der Verbundteilprojekte statt und wurden vom jeweiligen Gastprojekt organisiert. Durch die zweitägige Form gab es neben der formellen Arbeit auch Raum und Zeit für informellen Austausch. Neben einer effizienten Vorbereitung der inhaltlichen Arbeit wurde – der Konzeption des „Guten Lebens“ entsprechend – der (arbeits-)atmosphärischen Vorbereitung der Tagungsorte durch die jeweilig gastgebenden Teilprojekte besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Interdisziplinären Kolloquien wurden durch zielorientierte Vereinbarungen über gemeinsame Produkte strukturiert, die jeweils neu getroffen wurden. Zwischen den

Kolloquien gab es Aufträge für die gemeinsame Arbeit verschiedener Kolleginnen. Damit wurde die Diskussion des nächsten Treffens inhaltlich strukturiert und vorbereitet. Auf der Grundlage von Inputs der Teilprojekte wurden inhaltliche Vorlagen von den jeweils dafür beauftragten Mitarbeiterinnen (in Gruppen oder einzeln) erarbeitet und in der Regel rechtzeitig vor den Kolloquien an alle verschickt. Zum Teil wurden sie in den Teilprojekten beraten. Für die Tagesordnung, die zentrale Verschickung aller Unterlagen sowie Absprachen über die Moderation der thematischen Schwerpunkte sorgte die Koordinatorin. Sie sicherte damit den effizienten Ablauf durch Kommunikation mit allen Projektmitgliedern. Die Interdisziplinären Kolloquien konnten dadurch zum Raum der gemeinsamen Verständigung aller Verbundteilnehmerinnen werden und dienten der Fortschreibung der kooperativen Projektplanung. In den Diskussionen wurde Transparenz über die empirischen Untersuchungen und theoretischen Arbeiten einschließlich der Methoden und Ergebnisse hergestellt. Ein hohes gegenseitiges und gemeinsames Interesse an den Teilprojekt- und Verbundarbeiten sicherte ausreichend Motivation für die Verbindlichkeit und Zielorientierung der Arbeit.

### ***Zur Zusammenarbeit der Teilprojekte zwischen den interdisziplinären Kolloquien***

1. Zwischen den gemeinsamen Kolloquien wurde die Arbeit in thematische Arbeitsgruppen zur Klärung von Arbeitszielen, Begriffen und Konzepten durchgeführt: Z. B. zu Dichotomien/Dualismen, zum Raumbegriff, zum Aushandlungs- und Brückenkonzept, Sie dienten der inhaltlichen Klärung Teilprojekt übergreifender Fragen und der theoretische Diskussion der Projektpartnerinnen vor dem fachlichen/disziplinären Hintergrund ihrer Teilprojektarbeit. Die thematischen Arbeitsgruppen tagten entweder face-to-face oder nutzten z.B. die Möglichkeit der Telefonkonferenz, um über vorbereitete und vorher verschickte Vorlagen zu diskutieren und weitere Arbeitsschritte zu vereinbaren.

Mit der Arbeit in Kleingruppen erreichten wir eine hohe Kontinuität und Intensität im Austausch. Sie ermöglichten es, nicht beim Austausch von Positionen stehen zu bleiben, sondern Entstehungshintergründe der Argumentationen einzubeziehen, wodurch die jeweils vorherrschende Perspektive und die eingeübten Kritikmuster der Herkunftsdisziplinen reflektiert werden konnten.

Beispielhaft dafür war die Auseinandersetzung in einer Arbeitsgruppe zur Klärung des gemeinsamen Raumbegriffs. So trafen wir bei der Verständigung über ein gemeinsames Raumkonzept trotz der schnellen Einigung darüber, dass Raum „sowohl soziales Konstrukt als auch materiell“ ist, auf das „ja, aber“ der Umweltwissenschaftlerinnen, der Biologin und der Landschaftsplanerin, die betonten, dass aus ihrer feministischen Perspektive die sozioökonomisch-kulturelle Konstruiertheit des „Naturraumes“ in den Mittelpunkt gestellt werden müsse. Andererseits erklärten die Sozialwissenschaftlerinnen ihr „ja, aber“ damit, dass der „Naturraum“ selbst aktiv an der sozialen Konstruktion beteiligt ist und sich seine „Materialität nicht lediglich als Effekt ausschließlich sprachvermittelter Praktiken erklärt“ (Hammer/Stieß, 1995, 14), dass das Raumkonzept diese Materialität also tatsächlich (für den Erkenntnisgewinn nutzbar/aktivierbar) beinhalten müsse. Die Argumentationen waren deutlich von der kritischen Positionierung in der jeweils eigenen Wissenschaftskultur geprägt, wir setzten uns nicht wirklich miteinander, sondern mit den impliziten Vorannahmen unserer eigenen Fachdisziplinen auseinander, wodurch die Integration der Positionen erschwert wurde.

2. Außerdem wurde die interdisziplinäre Zusammenarbeit entlang von Gegenständen entwickelt, z. B. ressourcenbezogen über das Thema Wasser (TP 2, 5) oder das Thema Lernen/Beteiligung (TP 2, 3, 6) oder als Schlussfolgerung aus der empirischen Arbeit, in deren Verlauf das Thema Existenzsicherung zuerst in den TP 1 und 4 als wesentlicher Bezugspunkt auftauchte. Der Austausch mündete meist in teilprojektübergreifenden Publikationen oder gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen mit Praxispartner/innen, war insofern auch produkt- und verwertungsorientiert. Dies erwies sich als hilfreich um

diszipliniert, strukturiert, zielführend zu diskutieren, die Auseinandersetzung auszuhalten und konstruktiv zu Ende zu führen. Vorhaben für Veröffentlichungen bzw. wer gerade mit wem woran arbeitet, wurden von der Koordinatorin in den Verbund kommuniziert.

3. Interessant waren die gemeinsamen Exkursionen von Verbundpartnerinnen in verschiedener Zusammensetzung in der Region. Die Anschauung des Gegenstandes, die Gespräche mit den regionalen Akteuren und die Möglichkeit, sich direkt darüber auszutauschen, gaben wichtige Impulse und unterstützten den wissenschaftlichen durch den Austausch über gemeinsame lebensweltliche Erfahrungen.

4. Zur Unterstützung der Arbeit traf sich der Verbund mit Gabriele Sturm einmal zum Austausch über ihr Raumkonzept und ein zweites Mal als Arbeitsgruppe zur Erörterung und Erprobungen von Methoden der qualitativen Sozialforschung. Sylvia Kruse gab interessierten Mitarbeiterinnen des Forschungsverbundes eine Einführung in die Konstellationsanalyse und die Teilprojekte 1, 4 und 6 trafen sich zweimal in Wuppertal zu Kolloquien zum Thema „Existenzsicherung“, wobei beim zweiten externe Gäste und eine Praxispartnerin einbezogen waren. Kritische und anregende Hinweise erhielt der Verbund auch durch die Diskussion der Ergebnisse (vor allem aus Teilprojekt1) im Rahmen einer Tagung mit dem Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“.

Die Teilprojektmitglieder tauschten ihre empirischen Erfahrungen und Materialien aus, die Vereinbarung über einen gemeinsamen Materialpool ermöglichte die Nachfrage aller Projektteilnehmerinnen zu den empirischen Daten der anderen auf freiwilliger Basis.

Die **Anwendung grafischer Methoden** unterstützte die interdisziplinäre Verständigung über den hoch komplexen Forschungsgegenstand, ohne unzulässige Reduktionen vorzunehmen. Beispielhaft stehen dafür die Nutzung des Sturm'schen Analysemodells für den Raum, das die Reduktion des räumlichen Zugangs auf nur eingeschränkte Dimensionen von Raum verhinderte und die Konstellationsanalyse. Eine solche Aushandlungsqualität ist aber nur zu erreichen, wenn die interdisziplinäre Arbeit ein ernsthaftes Interesse der Beteiligten ist. Sie müssen bereit sein, sich auf die Strukturen, Methoden und Kategorien anderer Disziplinen einzulassen und damit also selbst einen Lernprozess zu vollziehen, um den Forschungsgegenstand und die eigene Disziplin aus einer ungewohnten Perspektive zu betrachten. Dieses Herangehen führt zur Veränderung des eigenen Erkenntnisprozesses, der Strukturen, Methoden, Instrumente und Gegenstände, die in der Herkunftsdisziplin erlernt wurden. Die Integration der Wissenspraktiken verschiedener Disziplinen lässt diese nicht unterschiedslos werden. Allerdings wirken interdisziplinäre Arbeitsprozesse, wenn sie in disziplinären Publikationen oder in die Lehre eingebracht werden auf die Entwicklung der Fächer ein.

#### ***Gemeinsame Erstellung von Berichten***

Die Erstellung der Zwischen- und Statusberichte war ein wichtiger Teil der gemeinsamen Reflexion des Arbeitsstandes und diente der Weiterentwicklung in theoretischer und praktischer Hinsicht. Struktur und Inhalt der Gesamtberichte waren Gegenstand der jeweiligen Interdisziplinären Kolloquien. Die Zuarbeiten dafür nahmen einen größeren Raum ein als die Teilprojektberichterstattung, weil viele Ergebnisse der Teilprojekte ständig in die Darstellung des Gesamtprozesses einfließen. Die Teilprojektberichte stellten daher im Wesentlichen spezifische Ergebnisse dar und waren in Form und Inhalt wieder stärker disziplinär geprägt, beantworteten jedoch analoge Fragen. Die Bedeutung dieser Art der Berichterstattung kann in der herkömmlichen Forschungs-(förder)logik nicht plausibel gemacht werden. Es wird gemeinhin davon ausgegangen, dass Teilprojektergebnisse erlangt und dann in eine gemeinsame Antwort auf die Forschungsfrage eingespeist werden. Die konsequent und kontinuierlich gemeinsame Beantwortung gemeinsamer Forschungsfragen in den verschiedenen Teilprojekten ist das Ergebnis einer interdisziplinären Arbeitsform, die aufgrund der Kontextualisierung ihrer Arbeit und Ergebnisse keine analytische Komplexitätsreduktion durchführen muss. Stattdessen werden die Einbettung der

Erkenntnisse in die regionalen Alltagspraktiken und die Bezüge zwischen den untersuchten Teilbereichen transportiert.

Ein Hinweis darauf, dass eine wissenschaftsimmanente Trennung in Disziplinen trotz anderer Ansprüche auch strukturell, in diesem Fall bürokratisch, gesichert wird, ist vielleicht die Tatsache, dass der Gesamtbericht im Ablagesystem des Projektträgers in sechs Kopien bei jedem Teilprojekt abgelegt werden musste. Auch die hierarchisierende Annahme, dass die Koordinatorin als Berichterstatteerin gegenüber Dritten im Verbund eine leitende Rolle innehat, wurde (für den Träger) zur Blockade für das Verständnis der Zusammenarbeit im Gesamtverbund und den Anteilen der Teilprojekte. Dies hatte Rückwirkungen auf das Verhältnis der Teilprojekte zueinander sowie der vom Status her unterschiedlichen Mitarbeiterinnen, und brachte die Bemühungen, innerhalb des Verbundes „auf gleicher Augenhöhe“ zu arbeiten, manchmal mächtig ins Schwanken. Insgesamt haben diese Missverständnisse eine Menge Zeit und Kraft im Forschungsprozess gekostet, die für die Sicherung der Forschungsarbeiten bei verkürzter Laufzeit dringender benötigt worden wären.

Unter dem Eindruck langjähriger Kooperation vieler Mitarbeiterinnen unterschätzten wir allerdings auch die Schwierigkeiten interdisziplinärer Zusammenarbeit: Hierarchien der Disziplinen, der Status der einzelnen im Wissenschaftsbetrieb (und nicht unbedingt, aber auch im Projekt), das hierarchisch konstruierte Verhältnis zwischen empirischem und theoretischem Arbeiten, die mehr oder weniger starke Vertrautheit mit der Region, die Unterschiedlichkeit der Arbeitsstile sowie wissenschaftlichen und praktischen Interessen ließen sich nur in konstruktiven Verständigungs- und Aushandlungsprozessen auflösen. Auch das gelang nicht immer – was uns wiederum befremdlich vorkam, schließlich sind wir Grenzgängerinnen in und zwischen unseren Disziplinen, haben bereits viel Erfahrungen (auch miteinander) im interdisziplinären Arbeiten gesammelt, sind uns der Situiertheit unseres Wissens bewusst, haben in „heißen Diskussionsphasen“ die Erfahrensten moderieren lassen sowie verschiedene Methoden genutzt. Die grundlegende Erfahrung ist: Alle Vorbereitung, die Information über Schwierigkeiten und Erfahrungen anderer, das Erlernen von Methoden und Instrumenten ist sehr wichtig, verhindert aber nicht, dass es in jeder neuen Kooperation unter ganz spezifischen Bedingungen gilt die Dichotomisierungen zu erkennen und Blockaden konstruktiv aufzulösen.

Natürlich verhindern eine „Verfassung“ und auch ihre Fortschreibung nicht das Auftauchen von Konflikten. Aber sich selbst Regeln zu geben, zu reflektieren, worin die Schwierigkeiten der Kooperation bestehen, sorgsam die Interessen der Partner/innen zu bedenken und Konflikte auf einer gemeinsamen Basis ansprechen und bearbeiten zu können, erleichtert die Zusammenarbeit.

### **Instrumente und Verfahrensweisen der transdisziplinären Zusammenarbeit**

Die transdisziplinäre Zusammenarbeit begann unmittelbar nach dem Projektstart, um die ersten Informationen aus der Antragsphase und aus Vorarbeiten zu einer Problemsicht regionaler Akteure verdichten und ihre Fragen integrieren zu können. In dieser Hinsicht war ein Nachteil aus der langen, nicht finanzierten Antragsphase aufzuholen. Die empirisch arbeitenden Verbundpartnerinnen und die Koordinatorin haben in dieser Zeit viele Sondierungsgespräche geführt. Dabei wurden das Gesamtvorhaben und die Interessen des jeweiligen Teilprojekts vorgestellt. Intensive Nachfragen führten nicht selten zu ausgedehnten Diskussionen über das Forschungsziel und die Wirksamkeit einer solchen Forschung für die Region. Insofern waren die Kooperationspartner/innen weit vor der ersten transdisziplinären Dialogrunde in das Forschungsgeschehen eingebunden und schärften den Blick der Forscherinnen für die regionalen Problemdimensionen.

### ***Akzeptanz der Praxispartner/innen als Subjekte der Forschung***

Durch die Akzeptanz der Gesprächs- und Interviewpartner/innen als „Akteure“ (und nicht als Gegenstand der Untersuchung, als Subjekte nicht als Objekte) und den damit offenen Fragestellungen (hier sollte nichts bestätigt, sondern gesucht werden) zum Teilprojektthema, kamen die Forscherinnen in den Genuss, in Erfahrungen, Wünsche, Interessen, Zielkonflikte, Beziehungs- und Machtstrukturen der Region „eingeweiht“ zu werden. Dabei wurde relativ frühzeitig sichtbar, wie die kulturell unterschiedlichen Sozialisierungen von West und Ost auch die Bearbeitung von interkulturellen Differenzen notwendig machten. Das gegenseitige Verstehen und Verständigen war insgesamt eines der wichtigsten Merkmale in der transdisziplinären Zusammenarbeit. Mit den transdisziplinären Dialogrunden sollten diese gemeinsamen Lernprozesse vertieft und verstetigt werden.

### ***Transdisziplinäre Dialogrunden***

Die transdisziplinären Dialogrunden (TDR) waren als Tagesveranstaltungen angelegt und wurden thematisch vom Verbund geplant und inhaltlich vorbereitet. Vorgängige Terminabsprachen und rechtzeitige Einladungen sicherten eine gute Beteiligung, die Verbindlichkeit war insgesamt hoch. Hier fand ein intensives Kennen lernen statt, das die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auslotete und weitere Kooperationen vorbereitete. In den TDR wurden nicht nur wissenschaftliche Befunde vorgetragen, sondern vor allem offene Fragen zur Diskussion gestellt, Problemorientierungen erörtert und in gemeinsam strukturierten Arbeitsgruppen diskutiert. Fragestellungen und Ergebnisse wurden protokolliert und ausgewertet, um als empirisches Material für die Forschung und den Praxispartnern/innen zur Reflektion zur Verfügung zu stehen. Für eine systematische Evaluation der gemeinsamen Arbeit im Forschungsverlauf wäre mehr Zeit wünschenswert gewesen. Mit den TDRs entstand ein Raum, in dem Forscherinnen und Akteure der Region Themen aus ihrer jeweiligen Sicht diskutierten, auch solche, die quer zu denjenigen des Projektverbunds lagen. Auf diese Art erfolgte ein Abgleich der wissenschaftlichen und regionalen Problemstellungen. Die TDR boten darüber hinaus Möglichkeiten, dass Akteure aus der Region sich kennen lernten, die vorher noch nie zusammen gearbeitet hatten. Dies führte zu neuen Akteurs-Konstellationen in der Region, die sich auch außerhalb des Projektkontextes etablierten. In der ersten *Transdisziplinäre Dialogrunde* stellte der gesamte Verbund seine Fragen an und Perspektiven auf die Region allen eingeladenen Akteuren zur Diskussion. Im extern moderierten, lebhaften Austausch über die regionalen Probleme und die eigene Praxis verwirklichte sich die Absicht der Wissenschaftlerinnen, eine gleichberechtigte Gesprächssituation zu erzeugen problemlos. Die Praxispartner/innen wurden schnell initiativ, ergriffen das Wort und formten die Arbeitsgruppen „Wirtschaft“, „Naturschutz“, „Lernen“. In der Gruppenarbeit formulierten sie nicht nur Fragen und Anforderungen, sondern setzten sich mit und über Theorien ihrer Alltagspraktiken auseinander. Die vom Verbund gewählte Herangehensweise machte das übliche hierarchische Gefälle zwischen Wissenschaft und Praxis strukturell verhandlungsfähig und stellte damit ‚gleiche Augenhöhe‘ her.

In der wissenschaftlichen Auswertung standen die unterschiedlichen Funktionen und Möglichkeiten von Wissenschaft und Praxis in einem gemeinsamen Lern- und Erkenntnisprozess zur Diskussion. Die selbstaufgelegte Zurückhaltung bei der Strukturierung der Diskussion mit dem Ziel, mehr über die Struktur des Wahrnehmens, Denkens und Handelns der Kooperationspartner/innen zu erfahren und nicht ihr Wissen und ihre Erfahrungen in ein wissenschaftlich strukturiertes Korsett zu zwingen, hatte bei den Forscherinnen zu einer „gefühlten“ Unsicherheit über Rolle, Status und Aufgaben im transdisziplinären Forschungsprozess geführt, die bearbeitet wurde: Die Gefahr, im wissenschaftlichen Strukturieren Dichotomien z.B. von Wissenschaft und Praxis zu reproduzieren ist relativ groß. Wissenschaftler/innen müssen also Instrumente und Verfahren finden, ihre Aufgaben im transdisziplinären Forschungsprozess, nämlich zu strukturieren, zu reflektieren, zu fokussierend und die „richtigen“ Partner zusammen zu bringen, ohne dichotomisierende Hierarchisie-

rungen zu erfüllen. Die Auswahl von Partner/innen, die die Normen und Werte des explizit normativen Forschungsprojekts teilen, schien uns für den Beginn regionaler Kooperation gerechtfertigt. Sie ist darin begründet, dass wir der Hypothese folgend den Blick aus den Schattenräumen heraus benötigten.

Auch bei der zweiten *Transdisziplinäre Dialogrunde* kam es den Verbundpartnerinnen auf eine offene Verständigung mit regionalen Akteuren an. Darüber hinaus war die Ausstrahlung des halböffentlichen Gesprächs in den politischen Raum geplant und gelang. In den Workshops wurden gemeinsam mit Praxispartnern/innen teilprojektübergreifende Themen diskutiert.

In einem extern mit der Fish-Bowl-Methode moderierten Gespräch zur Paradoxie „Natur stört Arbeit – Arbeit stört Natur“, begannen zwei Partnerinnen (Naturschützerin und Landschaftsgestalterin) das Gespräch über Naturschutz und Naturnutzung, den Zusammenhang von Arbeit und Naturschutz sowie die Anforderungen an die Akteure nachhaltiger Entwicklung und ein entsprechendes System politischer Steuerung. Interessant war, dass die Ankündigung dieser Diskussion auch regionale Akteure in die Veranstaltung lockte, die keine Projektpartner/innen waren und einen Artikel in der Regionalzeitung einbrachte, der die Abwertung des Non-Profitbereichs und die mangelnden Partizipationsverfahren zum Gegenstand hatte. Der BUND-Landesgeschäftsführer wurde darauf aufmerksam, dass eine Stärkung der Moderationskapazitäten lokaler Aktivisten die öffentlichen Diskussionen stärken würde. Bemerkenswert war die Selbstverständlichkeit dieser Arbeitsform; es ging nicht mehr um Wissenschaftlerinnen und ihre Praxispartner/innen, sondern um die gemeinsame Arbeit für eine nachhaltige Regionalentwicklung. Das Konzept der Kontextualisierung wissenschaftlicher Positionen und Ergebnisse ist aufgegangen und mündete tatsächlich in einen gemeinsamen Lernprozess.

### ***Bürger/innen-Ausstellung „... und plötzlich bist Du dabei!“***

Auch mit der Ausstellung „... und plötzlich bist Du dabei! Bürgerschaftliches Engagement als Motor unserer Region.“ ging die transdisziplinäre Arbeit über das direkte Gespräch mit einzelnen Partner/innen hinaus und wurde zur gemeinsame Arbeit in der Region. Für die Zusammenarbeit für die 10tägige Ausstellung im Zentrum Dessaus im Mai 2005 konnten zahlreiche regionale Kooperationspartner/innen gewonnen werden<sup>15</sup>. Die Leitfragen der Ausstellung nach Wert und Zusammenhang vorsorgender, (re)produktiver Arbeit für/zur nachhaltigen Regionalentwicklung, entstanden aus der gemeinsamen Diskussion im gemischten Ausstellungsteam, wurden von den Initiativen in der Ausstellung zum Teil beantwortet und konnten an die Ausstellungsbesucher/innen weitergegeben werden. Die Verständigung über Erfahrungen regionaler Akteure in der ehrenamtlichen sozialen, ökologischen und Bildungsarbeit einerseits und über die Erkenntnis der Bedingtheit von Ausgrenzung und Abwertung „reproduktiver“ Tätigkeiten durch die Wissenschaftlerinnen andererseits, gelang. Sie ermöglichte es den PraxispartnerInnen ihre Erfahrungen zu reflektieren. Sie erkannten dabei die Gleichartigkeit ihres reproduktiven Handelns, der Bedingungen dafür und der abwertenden Reaktionen von Öffentlichkeit und Politik gegenüber nicht-marktlichen Erfolgen trotz unterschiedlicher Arbeitsfelder. Interessant war die Rolle, die eine Grafikerin und eine Designerin im Ausstellungsteam übernahmen. Da sie nicht selbst Inhalte der Ausstellung zu vertreten hatten, aber für die öffentliche Präsentation eines Ganzen zuständig waren, forderten sie immer wieder, den „roten Faden“ herauszuarbeiten, die Analogien und Verbindungen zwischen den Handlungsfeldern darzustellen. Damit übernahmen sie für einige Prozessschritte der Verständigung die Rolle von Moderatorinnen und ermöglichten den Wissenschaftlerinnen,

---

<sup>15</sup> Frauen helfen Frauen e.V., Wolfen; Förder- und Landschaftspflegeverein des Biosphärenreservats Flusslandschaft Mittlere Elbe e.V.; Deutsche Umwelthilfe e.V., Projekt Lebendige Elbe; Bürgerinitiative ProElbe; Kolleg für Management und Gestaltung nachhaltiger Entwicklung, agora des lernens; Initiative Dessau – Arbeit für Anhalt e.V.; Multikulturelles Zentrum Dessau e.V., „Gärten als Lernorte“

sich stärker auf die Beobachtung des Prozesses zu konzentrieren. Dies war besonders hilfreich, weil sie keine externen Moderatorinnen, sondern selbstlokale Akteure und anerkannte Mitglieder des Ausstellungsteams waren, aber diese Funktion übernahmen. Eventuell lässt sich solche Konstruktion gezielt als Instrument einsetzen.

Bemerkenswert ist, dass es dem Ausstellungsteam gelang die theoretischen Erkenntnisse mit lebensweltlichen Erfahrungen zu belegen und mit Bildern und Aktionen in die öffentliche Diskussion einzubringen. Die Präsentation der Wertschätzung ausgegrenzter Tätigkeit machte sie auch für andere bedeutsam. Die Erfahrungen, die mit anderen geteilt werden, bleiben nicht länger unsichtbar. Sie bekommen einen Ort, an dem andere mit vergleichbaren Aktivitäten andocken können.

Auf diese Weise hat das Forschungsprojekt experimentell gearbeitet und Prozesse für Nachhaltigkeit angestoßen, justiert oder gestärkt, deren Beobachtung in die Forschung einging. Damit fand tatsächlich ein gemeinsamer Lernprozess statt, der keiner „Umsetzung“ wissenschaftlicher Ergebnisse bedurfte, weil er ihre Realisierung einschloss.

### **Abschlusskonferenz**

„Ihr habt es geschafft, sogar noch auf der Abschlusskonferenz mit uns zu arbeiten.“ Diese Einschätzung eines Praxispartners verdeutlicht den Charakter der Veranstaltung, die der gemeinsamen Ergebnissicherung diente. Sie bestand aus zwei teilprojektübergreifenden Präsentationen der Projektergebnisse durch jeweils drei Referentinnen mit anschließendem Kommentar durch jeweils eine/n externe/n Wissenschaftler/in und eine Praxispartnerin sowie einem Marktplatz regionaler Projekte am zweiten Tag. Auf dem Marktplatz stellten sich Praxispartner/innen des Verbundes mit Schautafeln, Artefakten, Videos, Bild-Vorträgen und in Diskussionen vor. Während die Debatte am ersten Tag im Plenum geführt wurde, wurden am zweiten Tag nach zwei Stunden Besuchen an den Marktständen drei thematische Arbeitsgruppen gebildet, deren Ergebnisse zum Abschluss der Konferenz im Plenum vorgestellt wurden. Hervorzuheben ist die aktive Beteiligung aller Konferenzteilnehmer/-innen, das Nutzen der Chancen für neue Kontakte zwischen Wissenschaft- und Praxisakteuren verschiedener Regionen und die Einladung zu einer erneuten Diskussion dieser Art zum Jahresende, die einige Praxispartner/innen an die Verbundpartnerinnen richteten. Offensichtlich sind gesprächsorientierte, abwechslungsreiche Kommunikationsformen geeignet, die Arbeitsatmosphäre eines Projektes auch bei einer Konferenz mit Teilnehmern/innen, die nicht am Forschungsprozess beteiligt waren, aufrecht zu erhalten.

Aus der Beobachtung der inter- und transdisziplinären Arbeit im Forschungsverbund und den Konsequenzen, die sie sowohl hinsichtlich der Forschungsergebnisse als auch der Wirkung in der Region zeigte, kann die Qualität dieser Art des wissenschaftlichen Arbeitens abschließend näher beschrieben werden:

„Viele kennen es: Mitten in einem anspruchsvollen, transdisziplinären Forschungsprojekt kommt Panik auf – insbesondere bei der verantwortlichen Projektleitung. Wie sind die verschiedenen Forschungsstränge zusammenzuführen? Wie ist es zu leisten, dass die Mitglieder des heterogen zusammengesetzten Teams ... einander verstehen? Wie kann der gegenseitige Austausch von Fortschritten und Ergebnissen so organisiert werden, dass erforderliche Abstimmungsprozesse zu einem guten Gesamtergebnis beitragen? Wie ... können diese [Ergebnisse], da sie doch quer zu den disziplinären Qualitätsmaßstäben liegen, in der Wissenschaft *bestehen* und gleichzeitig im Praxiskontext aufgenommen werden?“ (Bergmann, Brohmann, Hoffmann, Loibl et al (2005, S. 5)

Diese Panik kam im Forschungsprozess des Verbundes „Blockierter Wandel?“ nicht auf. Die Forschungsstränge hatten sich nie voneinander gelöst und was extern wie verstrickte Fäden erscheinen musste, hatte für die Bearbeiterinnen immer eine Struktur von



Teilprojektarbeit und Arbeit an gemeinsamen Fragen, obwohl die Arbeit eine gleichzeitige war. Es gab die Fragen

- der Teilprojekte,
- die Arbeit am Brückenkonzept, sortiert nach
  - o der normativen Ebene (Was verstehen wir unter Nachhaltigkeit?),
  - o der paradigmatischen Ebene (Was bedeutet die Genderperspektive für die sozial-ökologische Forschung?),
  - o der theoretischen Ebene (Wie lassen sich die Prinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens, das Konzept der (Re)Produktivität und die Konzeption der gesellschaftlichen Naturverhältnisse produktiv verknüpfen?) und
  - o der methodologischen Ebene (Wie kann der Forschungsprozess als einheitlicher durchgeführt und dargestellt werden, wenn verschiedene Disziplinen mit vielfältigen Methoden unterschiedliche Objekte bearbeiten und sich trotzdem um den gleichen Gegenstand, das einheitlich definierte Forschungsproblem bemühen?) und
- die Beobachtung regionaler Beteiligung sowie der eigenen transdisziplinären Arbeit, um Prinzipien und Voraussetzungen von gesellschaftlichen (also auch wissenschaftlichen) Aushandlungsprozessen aufzuspüren bzw. zu entwickeln.

Die Anforderung der frühzeitigen Entwicklung eines theoretischen Rahmens wird durch unsere Erfahrungen relativiert. Der Verbund orientierte sich zwar von Beginn an auf die Erarbeitung eines Brückenkonzepts als zentralem Ziel des Projektes, entwickelte seine theoretischen und methodologischen Vorstellungen dazu aber parallel zu der Arbeit in den Teilprojekten. Es hat sich für uns bewährt, nicht erst den theoretischen Rahmen zu erarbeiten bzw. auszuhandeln, sondern ihn im Prozess, aus theoretischer und empirischer, aus disziplinärer, inter- und transdisziplinärer Arbeit heraus zu entwickeln.

Die Verständigung der Verbundpartnerinnen untereinander und mit den Praxispartnern/innen basierte auf dem Genderansatz des Projektes:

- Die Situiertheit des Wissens (einschließlich der Offenlegung der normativen, paradigmatischen und lebensweltlich-politischen Positionen der Wissenschaftlerinnen),
  - die Transparenz der Kontexte von Fragen sowohl wie von Antworten,
  - die gleichberechtigte Anerkennung von wissenschaftlichem und lebensweltlichem Wissen,
  - die Verständigung auch über abstraktere Gedanken beispielhaft, möglichst nah am Objekt/Gegenstand (oft auch im Angesicht dessen – Exkursionen usw.) sowie
  - die Nutzung von grafischen Darstellungen und Bildern
- ermöglichten die notwendigen „Übersetzungsprozess“, machten Hierarchien sichtbar und boten doch die Basis, sie zu minimieren, gleichberechtigt zu diskutieren und zu lernen.

Die Verbundpartnerinnen haben ihre Abstimmungsprozesse kontinuierlich auf verschiedenen Ebenen geführt

- mit der Koordinatorin, um ein abgestimmtes Vorgehen in der Region zu garantieren und eine unverhältnismäßige Belastung der Praxispartner/innen zu vermeiden. So behielt die Koordinatorin auch den Überblick über empirische Befunde und konnte gegebenenfalls Verknüpfungen herstellen
- mit unterschiedlichen Kolleginnen innerhalb von thematischen Arbeitsgruppen sowie bilateral, wenn die spezifischen fachlichen Kenntnisse oder Arbeitserfahrungen im eigenen Zusammenhang benötigt wurden
- während der Interdisziplinären Kolloquien in vorbereiteten Arbeitsstrukturen, um für alle eine transparente Beteiligung an Diskussionen und Entscheidungen zu ermöglichen
- in den Transdisziplinären Dialogrunden, in denen teilprojektspezifische Lernprozesse und solche des gesamten Verbundes mit den Praxispartnern/innen sichtbar wurden

- in kollegialen Gesprächen (Telefonaten) der Verbundpartnerinnen untereinander z. T. aber auch mit Praxispartnern/innen, die einer Rückversicherung über gemeinsame Absichten, der Ausräumung von Missverständnissen oder auch der Ausräumung von Konflikten (gelegentlich auch durch Dritte) dienen.

Dass diese kontinuierliche Kommunikation zu einem guten Gesamtergebnis führte, heißt nicht, dass sie konfliktfrei war. Natürlich haben die unterschiedlichen disziplinären Hintergründe, Arbeitserfahrungen, Interessenschwerpunkte und Arbeitsstile so manches Mal die Interessen, Positionen und auch Temperamente aufeinanderprallen lassen. Interne Hierarchien, oft aus den Anforderungen des Wissenschaftsbetriebs entstehend, externe Hierarchien (wie sie z. B. das Förderprogramm vorsieht), Anforderungen des Arbeitgebers sind übliche Rahmenbedingungen, die den innovativen Forschungsprozess stärker belasten als konventionelle Projekte. Die strukturellen und regulierenden Absicherungen (z. B. Projektorganisation, Verfassung, Koordinatorin) haben es aber ermöglicht, diese Differenzen auszuhalten und weitgehend fruchtbar zu machen. Auch in einem „guten“ Kommunikationsprozess sind Dichotomisierungen nicht zu verhindern, weil sie faktisch und in den Köpfen wirken, aber wir haben sie transparent machen können und damit bearbeitbar.

Für den Projektverbund war es – was externe Kollegen/innen kaum glauben wollten – häufig schwieriger in der wissenschaftlichen Bewertung bestehen zu können als die Ergebnisse einer praktischen Verwertung zuzuführen. Die Nutzung der Ergebnisse durch regionale Akteure ergibt sich daraus, dass sie diese als eigene Erkenntnisse, Resultate eines gemeinsamen Lernprozesses oder kontextualisierte Wissensbestände ihrer Forschungspartnerinnen erkennen können. In diesem Sinne hat der Verbund kein „Umsetzungsproblem“, das nur entsteht, wenn Wissenschaft Probleme ohne die Beteiligten „reinigend“ analysiert, „Lösungen“ ableitet und diese dann „in die Praxis umsetzen“ muss.

Die Schwierigkeiten einer wissenschaftlichen Anerkennung der Projektergebnisse liegen darin begründet, dass in der konsequent inter- und transdisziplinären Forschung<sup>16</sup> zur Beurteilung der Qualität der Forschung nicht mehr einfach auf bestehende disziplinäre Kriterien zurückgegriffen werden kann. Die Kriterien müssen (teilweise zumindest) im Zuge der Forschung selbst erst generiert werden (Maihofer, S. 200).

„Und während in der Interdisziplinarität die Beteiligten ihre disziplinäre ‚Identität‘ in der Regel behalten und sie auch emphatisch behalten wollen, wissen in einem transdisziplinären Forschungsprozess zwar die meisten (noch), von welchen Disziplinen sie ursprünglich kommen, aber sie wollen dort weder bleiben noch wieder dorthin zurück (außer vielleicht punktuell bei einer spezifischen Forschung). Weder sie selbst noch die Wissensproduktionen, an denen sie beteiligt sind, sind daher weiterhin eindeutig disziplinär zuordenbar. Und genau hierin liegt auch die Produktivität transdisziplinärer Forschung: in der Überschreitung, Neugruppierung, Neukonfiguration von Fragestellungen, Theorien, Methoden und Lösungen, ohne Zwang sich sogleich wieder disziplinär rück- und absichern, die eigenen disziplinäre Identität zu bewahren“ (Maihofer 200) Allerdings liegt auch genau darin die Schwierigkeit, im Wissenschaftssystem Anerkennung zu finden. Es ist nach wie vor schwierig, einen Platz für transdisziplinäre Forschung zu finden sowie die Rollenmuster und Abgrenzungen der Disziplinen dialektisch zu überwinden (im Sinne von Integrieren und darüber hinausgehen). Eine Verstetigung transdisziplinärer Zusammenarbeit der gleichen Partner/innen am gleichen oder einem ähnlichen Gegenstand mit den (oder einigen der) gleichen Praxispartnern/innen ist im Wissenschaftssystem bisher nicht vorgesehen. Auch der Projektverbund „Blockierter Wandel?“ hatte deshalb nur begrenzte Chancen die gefundenen Ergebnisse in einem nächsten Lernprozess mit den Praxispartnern/innen zu validieren.

---

<sup>16</sup> Tatsächlich interdisziplinäre Arbeit setzt in gewisser Weise transdisziplinäres Vorgehen voraus, weil erst dann ein lebensweltlicher Hintergrund auch in die wissenschaftliche Arbeit Einzug hält, Situiertheit also ernst genommen wird.

- Adler, F., Blaffert, S., Borner, J., Peters, U., Petschow, U., Scurrell, B.** (2002): Zukunft der Arbeit und nachhaltiges regionales Wirtschaften: Nachhaltiges Wirtschaften als Lern- und Selbstorganisationsprozess regionaler Akteure. Umsetzung und Wirkung beispielhafter Praxisprojekte in einer altindustriellen Region Ostdeutschlands  
Abschlussbericht, gefördert vom BMBF im Rahmen des Förderschwerpunktes: „Modellprojekte für nachhaltiges Wirtschaften. Innovation durch Umweltvorsorge – Regionale Ansätze nachhaltigen Wirtschaftens“. Dessau
- Becker, E. / Jahn, T.** 2003. Umriss einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Kritische Theorie der Technik und der Natur. Herausgegeben von G. Böhme und A. Manzei. München: Wilhelm Fink. 91-112
- Becker, E., Jahn, T. & Schramm, E.** 1999. Sozial-ökologische Forschung. Rahmenkonzept für einen neuen Forschungsschwerpunkt (unter Mitarbeit von Hummel, D. und Stieß, I.). ISOE. IKO, Frankfurt/Main.
- Bergmann, Matthias/Brohmann, Bettina/Hoffmann, Esther/ Loibl, M. Céline/Rehaag, Regine/Schramm, Engelbert/Voß, Jan-Peter** (2005): Qualitätskriterien transdisziplinärer Forschung. Ein Leitfaden für die formative Evaluation von Forschungsprojekten. ISOE-Studientexte Nr. 13, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) GmbH, Frankfurt am Main
- Biesecker, Adelheid/ Kesting, Stefan** 2003. Mikroökonomik. Eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive, München: Oldenbourg Verlag.
- Bullerjahn, J.** 2004. Sachsen-Anhalt 2020. Einsichten und Perspektiven. SPD-Beiträge zur Zukunftsdiskussion, Landesverband Sachsen-Anhalt.
- Busch-Lüty, Ch.** 1995. Nachhaltige Entwicklung als Leitmodell einer ökologischen Ökonomie. In: Fritz, P., Huber, J. & Levy, H. W. (Hrsg.). Nachhaltigkeit in naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Stuttgart: 115-126.
- Defila, R. & Di Giulio, A.** 1999. Transdisziplinarität evaluieren – aber wie? In: Panorama Sondernummer 99, Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie, Universität Bern: 5-27.
- Dörhöfer, K.** 2000. ‚Halböffentlicher Raum‘ – eine Metapher zur Auflösung (nicht nur) räumlicher Polarität. In: Stadt – Geschlecht – Raum. Beiträge zur Erforschung urbaner Lebensräume im 19. und 20. Jahrhundert. Herausgegeben von M. Imboden, F. Meister und D. Kurz. Zürich: Chronos. 101-108.
- Farin, K.** 2006. Selbstdarstellung des Archivs der Jugendkulturen. ([www.jugendkulturen.de](http://www.jugendkulturen.de), 18.03.2006)
- Forschungsverbund „Blockierter Wandel?“** 2006. Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung, ökom-Verlag, München; im Erscheinen
- Hammer, C. & Stieß, I.** 1995. Einleitung. In: Haraway, D., Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Campus Verlag. Frankfurt/ New York: 9-32
- Haraway, D.** 1995. Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Hrsg. und eingeleitet von Hammer C. und Stieß I. Campus Verlag, Frankfurt/Main /New York: 237 Seiten.
- Haraway, D.** 1995. Situiertes Wissen. Die Wissenschaftsfrage im Feminismus und das Privileg einer partialen Perspektive. In: Haraway, D.. Die Neuerfindung der Natur. Primaten, Cyborgs und Frauen. Hrsg. und eingeleitet von Hammer, C. & I. Stieß. Frankfurt/ New York: 73-97
- Hofmeister, S./ Kunze, H./ Lange, H./ Lüderitz, V./ Scurrell, B.** 2001: Kriterien ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit (unveröffentlichtes Material des Wissenschaftlichen Beirats des Regionalforums Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg)
- IWH.** 2000. Stellungnahme des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle für die Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“, vorgelegt als Material des wissenschaftlichen Beirats (unveröff.)
- Kahlert, H., Thiessen, B. & Weller, I.** (Hrsg.) 2005. Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag, Wiesbaden.
- Kegler, H.** 1999. Industrie. In: Industrielles Gartenreich, Stiftung Bauhaus Dessau (Hrsg.) Band 2. Berlin.
- Kahlert, H., Thiessen, B. & Weller, I.** (Hrsg.) 2005. Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag, Wiesbaden.
- Kahlert, H.** 2005. Wissenschaftsentwicklung durch Inter- und Transdisziplinarität: Positionen der Frauen- und Geschlechterforschung. In: Kahlert, H., Thiessen, B. & Weller, I. (Hrsg.) 2005. Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen, Wiesbaden.
- Kropp, C.** 2002. ‚Natur‘. Soziologische Konzepte. Politische Konsequenzen. Opladen: Leske + Budrich.
- Kruse, S./ Mölders, T.** 2005. Hochwasser- und Naturschutz in der nachhaltigen Regionalentwicklung. Eine sozial-ökologische Perspektive auf die gesellschaftlichen Naturverhältnisse in der Region Mulde-Mündung. Zeitschrift für Umweltpsychologie. 9/ 2
- Kurt, H.** 1999. Skizzen einer Reformlandschaft. 10 Jahre Industrielles Gartenreich, in: Zukünfte, Nr. 29, S. 82.

- Lenz, G.** 1999. Verlusterfahrung Landschaft. Über die Herstellung von Raum und Umwelt im mitteldeutschen Industriegebiet seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Frankfurt am Main/ New York: campus (edition bauhaus Bd.4).
- Löw, M. & Sturm, G.** 2005. Raumsoziologie. In: Kessl, F., Reutlinger, Ch., Maurer, S. & Frey, O. (Hrsg.). Handbuch Sozialraum. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 31-48.
- Loibl, C.,** 2001. Arbeitserfahrungen interdisziplinärer und transdisziplinärer Forschungsteams. Schlüsselpassagen und Schlussfolgerungen aus 60 Interviews mit ProjektleiterInnen des Forschungsprogramms Kulturlandschaft. Österreichisches Ökologie-Institut
- Maihofer, A.** 2005. Inter-, Trans- und Postdisziplinarität. Ein Plädoyer wider die Ernüchterung. In: Kahlert, H., Thiessen, B. & Weller, I. (Hrsg.) 2005. Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen, Wiesbaden.
- Nölting, B., Hayn, D. & Voß, P.** 2004. Nachhaltigkeitsforschung – jenseits von Disziplinierung und anything goes. In: GAIA 13/2004, Nr. 4: 254-261.
- Scurrall, B.** 2005. Chancen reproduktiver Arbeit in schrumpfenden Regionen, In: Erhalten durch Gestalten. Nachdenken über eine (re)produktive Ökonomie. Herausgegeben von Biesecker, A./ Elsner, W., Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien: Verlag Peter Lang.
- Stiftung Bauhaus Dessau** (Hrsg.) (1996). Industrielles Gartenreich, Band 1. Berlin.
- Stiftung Bauhaus Dessau** (Hrsg.) (1999). Industrielles Gartenreich, Band 2. Berlin.
- Sturm, G.** 2000. Wege zum Raum. Methodologische Annäherungen an ein Basiskonzept raumbezogener Wissenschaften, Leske + Budrich, Opladen.
- Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt** 2000: Brief des Wirtschaftsministeriums Sachsen-Anhalt an die Enquetekommission „Zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ vorgelegt als Material des wissenschaftlichen Beirats (unveröff.)
- Wycisk, P./ Weber, M. (Hrsg.)** 2003. Integration von Schutz und Nutzung im Biosphärenreservat Mittlere Elbe – Westlicher Teil. Berlin: Weißensee Verlag.
- Weller, I.** 2005. Inter- und Transdisziplinarität in der Umweltforschung: Gender als Integrationsperspektive? In: Kahlert, H., Thiessen, B. & Weller, I. (Hrsg.) 2005. Quer denken – Strukturen verändern. Gender Studies zwischen Disziplinen. VS Verlag, Wiesbaden